

## Die Geopolitischen Prioritäten der USA im Kontext der Präsidentschaftswahl

Eder, Thomas; Späth, Johannes

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Eder, T., & Späth, J. (2024). *Die Geopolitischen Prioritäten der USA im Kontext der Präsidentschaftswahl*. (Working Paper / Österreichisches Institut für Internationale Politik). Wien: Österreichisches Institut für Internationale Politik (oiiip). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-95361-2>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

# Working Paper

April 2024



Österreichisches Institut für Internationale Politik  
Austrian Institute for International Affairs

## Die Geopolitischen Prioritäten der USA im Kontext der Präsidentschaftswahl

Thomas Eder & Johannes Späth



Arbeitspapier verfasst im Rahmen der Kooperation mit dem Bundesministerium für Landesverteidigung.

## **Autoren**

**Dr. Thomas Eder** ist Postdoc Researcher am oiip. Zu seinen thematischen Schwerpunkten gehören Großmachtbeziehungen und Global Governance, mit einem Fokus auf US-China, EU-China, und China-Russland Beziehungen.

**Johannes Späth, MA** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am oiip. Er untersucht derzeit vor allem innenpolitische Hintergründe der US-Außenpolitik, sowie außenpolitische Entscheidungsprozesse in autoritären Systemen mit Fokus auf die Staaten der MENA-Region.

## **Keywords**

Geopolitik, USA, Wahlen, Europa, Sicherheit

*Impressum:*

Österreichisches Institut für Internationale Politik – oiip,  
1090 Wien, Währinger Straße 3/12, [www.oiip.ac.at](http://www.oiip.ac.at), [info@oiip.ac.at](mailto:info@oiip.ac.at), Copyright © 2024

## **Executive Summary**

The political landscape of the United States is in a state of profound change and polarized positions in the run-up to the 2024 presidential election. The choice between continuity and change, represented by the likely leading candidates Joe Biden and Donald Trump, raises crucial questions about the future of the American grand strategy. The tradition of a coherent foreign policy, characterized by principles such as global dominance and transatlantic partnership, is facing a potential acid test.

This political change has far-reaching implications for Europe. Transatlantic relations could shift from having a normative foundation to a purely transactional partnership, which would call into question Europe's role in US security policy. Given the current geopolitical challenges, in particular the Russia-Ukraine War, it is crucial to assess the impact of a possible change of administration in the US on Europe's security.

The analysis shows that a continuation of the Biden administration would mean relative continuity in the American grand strategy, with a focus on multilateral institutions and partnerships. A second term in office under Trump, on the other hand, could lead to a reassessment of this strategy, with transatlantic relations becoming less important and a stronger focus on bilateral transactional interactions to be expected.

In order to be prepared for these possible developments, recommendations for action for Europe are outlined. These include greater European ownership of security and defense issues, as well as clear communication of European priorities to the US. At the same time, Europe should endeavor to keep channels open for long-term cooperation and coordination despite possible divergences in US policy. The EU and the European states will have to rapidly expand their efforts in the area of conventional security, while dealing with the consequences of an escalating confrontation between the US and China and with questions from the "Global South" about double standards in international law in view of Western policy in the Israel-Gaza war.

## Zusammenfassung

Die politische Landschaft der Vereinigten Staaten befindet sich im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2024 in einem Zustand tiefgreifender Veränderungen und polarisierter Positionen. Die Wahl zwischen Kontinuität und Wandel, repräsentiert durch die voraussichtlichen Spitzenkandidaten Joe Biden und Donald Trump, wirft entscheidende Fragen über die Zukunft der amerikanischen Grand Strategy auf. Die Tradition einer kohärenten Außenpolitik, geprägt von Prinzipien wie globaler Dominanz und transatlantischer Partnerschaft, steht vor einer potenziellen Zerreißprobe.

Für Europa ergeben sich aus diesem politischen Wandel weitreichende Implikationen. Die transatlantischen Beziehungen könnten sich von einem normativen Fundament zu einer rein transaktionalen Partnerschaft verlagern, wodurch Europas Rolle in der US-Sicherheitspolitik in Frage gestellt würde. In Anbetracht der aktuellen geopolitischen Herausforderungen, insbesondere des Russland-Ukraine-Kriegs, ist es von entscheidender Bedeutung, die Auswirkungen eines möglichen Regierungswechsels in den USA auf die Sicherheit Europas abzusehen.

Die Analyse zeigt, dass eine Fortsetzung der Biden-Administration eine relative Kontinuität in der amerikanischen Grand Strategy bedeuten würde, mit einem Fokus auf multilaterale Institutionen und Partnerschaften. Eine zweite Amtszeit unter Trump hingegen könnte zu einer Neubewertung dieser Strategie führen, wobei transatlantische Beziehungen an Bedeutung verlieren und eine stärkere Fokussierung auf bilaterale transaktionale Interaktionen zu erwarten wäre. Der Wunsch nach eher geringen Ausgaben für die europäische Sicherheit eint die beiden Kandidaten, da sich die USA auf ihren Wettbewerb mit China im Westpazifik konzentrieren wollen.

Um auf diese möglichen Entwicklungen vorbereitet zu sein, werden Handlungsempfehlungen für Europa skizziert. Dazu gehört eine verstärkte europäische Eigenverantwortung in Fragen der Sicherheit und Verteidigung, sowie eine klare Kommunikation der europäischen Prioritäten gegenüber den USA. Gleichzeitig sollte Europa bestrebt sein, trotz möglicher Divergenzen in der amerikanischen Politik Kanäle für eine langfristige Zusammenarbeit und Koordination offenzuhalten.

Die EU und die europäischen Staaten werden ihre Bemühungen im Bereich der konventionellen Sicherheit rasch ausweiten müssen, während sie sich mit den Folgen einer eskalierenden Konfrontation zwischen den USA und China sowie mit Fragen des "Globalen Südens" zur Doppelmoral im Völkerrecht angesichts der westlichen Politik im Israel-Gaza-Krieg auseinandersetzen müssen.

## Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	6
2. Geopolitische Prioritäten der ersten und einer möglichen zweiten Biden Administration .....	8
Die Biden-Doktrin – Grand Strategy, Vorgehen und Schwerpunkte.....	9
Strategien zu Ukraine, Russland und NATO .....	11
Strategie zu China und Wahrscheinlichkeit eines direkten militärischen Konflikts.....	12
Die Strategie zum Nahem Osten und Nord Afrika (MENA-Region).....	15
3. Geopolitische Prioritäten einer möglichen zweiten Trump-Administration .....	17
Die Trump-Doktrin – Grand Strategy, Vorgehen und Schwerpunkte.....	18
Bedeutung der transatlantischen Beziehungen .....	19
Exekutivmacht .....	20
Strategien zu Ukraine, Russland und NATO .....	20
Strategie zu China und Wahrscheinlichkeit eines direkten militärischen Konflikts.....	22
Strategie zum Nahen Osten und Nord Afrika (MENA-Region) .....	24
4. Parteiübergreifend weitgehend einhellige Einstellungen zur US-Arktis-Politik.....	25
5. Risiken und Möglichkeiten für Europa und Österreich – Conclusio und Handlungsempfehlungen..	26
Handlungsempfehlungen .....	28
Literatur.....	30

## 1. Einleitung

Das Super-Wahljahr 2024 ist in vollem Gange. Die US-Präsidentschaftswahl sticht dabei global betrachtet als die wichtigste unter mehreren bedeutenden Wahlen heraus. Ihr Ausgang wird maßgeblich über die mittelfristige geopolitische Ausrichtung der Vereinigten Staaten entscheiden. Inmitten dieses politischen Wettstreits kristallisieren sich klare Unterschiede in den geopolitischen Positionen der beiden amerikanischen Parteien bzw. ihrer voraussichtlichen Spitzenkandidaten, Joe Biden und Donald Trump, heraus. Die Frage nach der Existenz und Durchführbarkeit einer umfassenden amerikanischen Grand Strategy, im Sinne einer Gesamtstrategie für die langfristige außen- und sicherheitspolitische Ausrichtung, bleibt dabei von zentraler Bedeutung.

Demokratische wie Republikanische US-Administrationen haben im Kalten Krieg und den Jahrzehnten danach bezüglich der Grand Strategy der USA Kontinuität gezeigt. Manche Autor:innen stellen eine seit dem zweiten Weltkrieg durchgehend geltende Strategie der globalen Dominanz („Primacy“) fest (Porter 2018:19). Andere meinen, dass es eine Verschiebung seit dem Kalten Krieg gab, von der Strategie der Eindämmung der Sowjetunion („Containment“) zu eben jener Strategie der globalen Dominanz („Primacy“) (Logevall 2021:447). Vier zentrale Ziele machen diese aktuelle Strategie der USA aus: „militärisch dominant zu sein; Verbündete [der US-Unterstützung] zu versichern und [sicherheitspolitisch] zu limitieren; andere Staaten in US-gestaltete Institutionen und Märkte zu integrieren; und die Verbreitung von Atomwaffen zu unterbinden“ (Porter 2018:9). Dabei ist es nicht ausreichend, dass die USA die weltweit größte Volkswirtschaft und das stärkste Militär haben. Der Führungsanspruch muss durch globale Dominanz in allen Weltregionen durchgesetzt werden.

Die Biden Administration steht grundsätzlich für eine Fortsetzung dieser Strategie. Die weltweite Präsenz des US-Militärs wurde aufrechterhalten, und die Mittel für Verteidigungshaushalt und Militärindustrie weiter erhöht (Department of Defense 2024; Macrotrends 2024). Wie das im April 2024 verabschiedete Hilfspaket für Partner in Europa, dem Nahen Osten und dem Indo-Pazifik zeigt, soll den Partnern weiterhin Sicherheit im Vertrauen auf die US-Unterstützung gegeben werden (White House 2024a). Generell hat Präsident Biden die Bedeutung der Verbündeten und Partner für die USA immer wieder betont. Auch die US-gestalteten Institutionen etwa im Rahmen der UN haben unter Präsident Biden wieder mehr Unterstützung erfahren als unter Donald Trump. Im Kontext der öffentlichen Meinung in Südkorea, die nun eine atomare Bewaffnung bzw. Teilhabe mit den USA unterstützt, hat die Biden-Administration ihre Ablehnung klargestellt. Einzig bei weiteren Handelsabkommen (also der Integration von Märkten), hat sich die Biden-Administration (ähnlich der Trump-Administration) von früheren Praktiken abgewandt, und geht protektionistischer vor.

Der jahrzehntelange überparteiliche Konsens über die Grundprinzipien der amerikanischen Grand Strategy ist mit der Dominanz Donald Trumps in der Republikanischen Partei allerdings beendet worden. Die „America First“-Politik stellt in Frage, ob die Durchsetzung globaler Dominanz in allen Weltregionen zielführend ist. Die Position als größte Volkswirtschaft und Nation mit dem stärksten Militär soll erhalten werden. Die außenpolitische Gesamtstrategie zur Erhaltung dieses Status Quo, unterscheidet sich allerdings gravierend. Darüber hinaus ist die Interpretation internationaler Beziehungen eine gänzlich andere. Entgegen früheren Vorstellungen wird die liberale Ordnung, sowie der Aufbau und Erhalt internationaler Institutionen geringgeschätzt.

Die Grundidee von "America First" als transnationaler Ansatz ist die explizite Priorisierung amerikanischer Interessen gegenüber globalen oder normativen Erwägungen; aber auch gegenüber den Interessen der Verbündeten und Partner. Sie legt nahe, dass internationale Handlungen und Beziehungen hauptsächlich nach ihrem direkten Nutzen für die USA bewertet werden sollten, oft in Bezug auf wirtschaftliche Gewinne, nationale Sicherheit und Souveränität. Dieser Ansatz impliziert, dass internationale Kooperation zur Lösung globaler Probleme, der Aufbau und Erhalt von Institutionen, und die Einhaltung von Regeln und Normen (inklusive demokratischer Normen), geringe Priorität haben; bzw. glaubt dieser Ansatz kaum an erfolgreiche internationale Kooperation und effektive internationale Institutionen, und ist stattdessen auf den einseitigen Ausbau der Macht der USA fokussiert. Die Rolle des US-Netzwerks an Verbündeten, und der Schutz der Interessen der Verbündeten, werden als weniger wichtig gesehen. Laut „America First“-Vertreter:innen ist die Durchsetzung und Demonstration der globalen Dominanz der USA in allen Weltregionen schlichtweg nicht mehr im amerikanischen Interesse. Stattdessen sei die Position als größte Volkswirtschaft und größte Militärmacht durch Priorisierung mancher Regionen (abseits Europas) bzw. allgemeine Zurückhaltung zu wahren.

Für Europa bedeutet dies, dass sich unter der Doktrin „America First“ die Bedeutung der transatlantischen Beziehungen für die USA im Vergleich zur gegenwärtigen Administration grundlegend verändern würde. Das Verhältnis würde nur noch transaktional bewertet werden und seine normative Bedeutungsebene verlieren. Dies steht in starkem Kontrast zu der postulierten globalen Konfrontation zwischen Autokratien und Demokratien, an der sich die Geopolitik Präsident Bidens orientiert und die die transatlantische Partnerschaft entsprechend normativ auflädt. Diese Partnerschaft hat auch unter Präsident Biden noch keine vollständige Renaissance erlebt. Dennoch führen die USA und europäische Regierungen wieder konstruktive Gespräche über die Koordination ihrer Bemühungen zur Unterstützung und Verteidigung von Demokratien und der liberalen Weltordnung. Ein Unterfangen, auf das die USA unter Donald Trump kaum Wert legen würden.



Im äußerst polarisierten Politikumfeld der Vereinigten Staaten kann mittlerweile das Konzept einer US Grand Strategy grundsätzlich hinterfragt werden. Die beiden großen Parteien liegen in ihren Positionen derart weit auseinander, dass jeder Regierungswechsel eine Neuausrichtung bedingen kann.

Die vorliegende Policy Analyse untersucht diese Positionen und die möglichen Auswirkungen eines Regierungswechsels auf die Sicherheit Europas und die transatlantischen Beziehungen. Insbesondere in Anbetracht des Russland-Ukraine-Krieges ist es von entscheidender Bedeutung, die vorgeschlagenen Ansätze der beiden Parteien zu beleuchten und ihre Implikationen für die Sicherheit Europas zu verstehen. Angesichts der acht Monate langen (September 2023 - April 2024) Blockade von Ukraine-Hilfen im US-Kongress durch die Republikaner bzw. innerparteilicher Turbulenzen rund um Mike Johnson, den Sprecher des Unterhauses, besteht das realistische Risiko, dass sich die USA in Zukunft aus der Unterstützung für die Ukraine zurückziehen. Dies wäre ein großer Schlag für die europäischen Sicherheitsinteressen. Das hätte weitreichende Folgen für das transatlantische Verhältnis und die europäische Sicherheitsstruktur. Europa müsste sich neu positionieren.

Darüber hinaus werfen wir in dieser Policy Analyse einen Blick auf die jeweiligen Positionen der US-Parteien zu anderen Weltregionen und globalen Herausforderungen, um ein umfassendes Bild der zukünftigen US-Geopolitik zu zeichnen. Die Analyse zielt darauf ab, die möglichen geopolitischen Pfade, die Washington kurz- bis mittelfristig einschlagen könnte, aufzuzeigen und darzulegen, welche Bedeutung diese für die Sicherheit und Stabilität Europas haben. Zunächst werden die Positionen der beiden Parteien separat betrachtet und abschließend auf Überschneidungen und Divergenzen hin untersucht.

## **2. Geopolitische Prioritäten der ersten und einer möglichen zweiten Biden Administration**

Dieser erste Teil der Analyse geht davon aus, dass Präsident Joe Biden auch 2024 erneut der Kandidat der Demokratischen Partei sein, und die Präsidentschaftswahlen erneut gewinnen wird. Präsident Biden hat sich in den parteiinternen Vorwahlen bereits im März durchgesetzt. Nur gesundheitliche Probleme könnten die Nominierung des 81-jährigen noch verhindern, wofür es im März/April 2024 allerdings keine Anhaltspunkte gab. Im Folgenden werden deshalb die geopolitischen Prioritäten der aktuellen, ersten Biden-Administration, und jene einer möglichen zweiten Biden-Administration behandelt. Es soll analysiert werden, welche Auswirkungen Präsident Bidens geopolitische Ausrichtung für Österreich und Europa hat, sowie, ob und wie sich diese Ausrichtung in einer zweiten Amtszeit verändern würde. Diese Analyse geht davon aus, dass im unwahrscheinlichen Fall der Nominierung einer anderen

Person die geopolitische Ausrichtung der entsprechenden Demokratischen Administration ähnlich wäre. Gleiches gilt für den Fall eines Aufrückens der Vizepräsidentin Kamala Harris während der zweiten Biden-Administration aufgrund möglicher gesundheitlicher Probleme Präsident Bidens. Die Partei tritt besonders mit Blick auf China und Russland in hohem Grad geschlossen auf. Der zweite Teil dieser Analyse beschäftigt sich mit einer möglichen zweiten Trump-Administration nach der Wahl im November 2024.

### **Die Biden-Doktrin – Grand Strategy, Vorgehen und Schwerpunkte**

Der unter der aktuellen US-Regierung teilweise aufrecht erhaltene liberale Internationalismus Washingtons impliziert einen Glauben an erfolgreiche internationale Kooperation und die Bedeutung internationaler Institutionen, Regeln und Normen (wie des Völkerrechts) (vgl. Jaeger 2021). Diesen Zugang der Biden-Administration belegen u.a. der Wiedereintritt in das Pariser Klimaabkommen am ersten Arbeitstag Präsident Bidens (Department of State 2021), und die Rückkehr in die UNESCO fünf Jahre nach dem Austritt unter Donald Trump (Lee 2023). Die Nationale Sicherheitsstrategie der ersten Biden-Administration bekennt sich auch zur kollektiven Verteidigung im Rahmen der internationalen Institution NATO. Die Strategie rückt die „regelbasierte internationale Ordnung“ ins Zentrum, und betont die Zusammenarbeit mit Staaten, die demokratische Normen erfüllen. Die Klimakrise wird als größte und „die existentielle Herausforderung unserer Zeit“ bezeichnet; eine gemeinsame Herausforderung, zu deren Lösung man mit Rivalen kooperieren will (White House 2022b). Den Fokus auf demokratische Normen und Zusammenarbeit mit Staaten die diese erfüllen, belegen die seit 2021 jährlich abgehaltenen Demokratiegipfel (Department of State 2023). Allerdings wird im wirtschaftlichen Bereich der liberale Internationalismus nur eingeschränkt verfolgt. Die Biden-Administration hat keine größere Initiative zur Reform der WTO (Welthandelsorganisation) gestartet und blockiert deren Arbeit, hat keine Freihandelsabkommen abgeschlossen, höhere Schutzzölle aufrechterhalten (wie vieles ein Erbe aus der Trump-Administration), und hat laut EU-Kommission protektionistische Gesetze verabschiedet („Inflation Reduction Act“) (European Commission 2023). Regional behandelt die Nationale Sicherheitsstrategie zuerst den Indo-Pazifik– „Epizentrum der Geopolitik im 21. Jahrhundert“ und Motor der Weltwirtschaft – skizziert aber eine globale US-Präsenz (White House 2022b). Demnach verfolgt die Biden-Administration weiter auf ihre Weise eine Strategie globaler Dominanz („Primacy“), ohne dem oben genannten früheren Element andere Staaten immer stärker in US-Märkte zu integrieren.

Im Rückblick wird die erste Biden-Administration mit ihrem liberalen Ansatz von Anhängern des Realismus, der Macht statt Normen betont, sowohl für zu viel als auch zu wenig Zurückhaltung kritisiert.

Manche bezeichnen das Vorgehen kritisch als „progressive Grand Strategy“ und „Wilsonischen Traum“, der die Administration in ihrem „verantwortungsvollen Wettbewerb“ zu zurückhaltend mit Rivalen umgehen lasse (Grygiel 2024). Diese Debatten finden zwischen Lagern statt, die jeweils die Strategie der globalen Dominanz („Primacy“) fortsetzen wollen. Dabei befinden sie aber sehr unterschiedliche Vorgehensweisen als erfolgversprechend. Gänzlich andere Kritik kommt von jenen, die eine neue Grand Strategy befürworten, da „Primacy“ nicht mehr erreichbar oder erstrebenswert sei. Die USA müssen nun priorisieren, anstatt ihre Kräfte wie unter Präsident Biden auf die ganze Welt aufzuteilen, ohne die Ziele der Administration zu erreichen (Wertheim 2024). In diesem zweiten Lager der Kritiker finden sich sowohl sogenannte „Prioritizers“, die nur regionale US-Dominanz im Westpazifik erhalten wollen, als auch sogenannte „Restrainers“, die sich umfassender vom Dominanz-Gedanken verabschieden wollen (Walt 2024). Interessanterweise scheinen die entsprechenden Kritiker der Biden-Administration den Rückzug aus Afghanistan kaum zugute zu halten. Unter Biden gaben die USA weniger für Kriege weltweit aus, und es starben weniger US-Soldaten als unter allen US-Präsidenten nach Bill Clinton (Congressional Research Service 2024; Crawford 2023; Watson Institute 2021; Watson Institute 2023).

In einer zweiten Biden-Administration wäre mit Kontinuität in Strategie und Vorgehen zu rechnen. Der erste Grund für diese Annahme ist die bisherige Kontinuität beim Personal (Dunn Tenpas 2024). Im Vergleich mit US-Präsidenten seit Ronald Reagan gab es unter Präsident Biden bisher eine außergewöhnliche Stabilität bei den Regierungsmitgliedern. Auch bei den hochrangigen Mitarbeiter:innen im Weißen Haus war die Biden-Administration relativ stabil, besonders im Vergleich zur Trump-Administration – aber auch stabiler als jene unter Reagan und Clinton, und ebenso stabil wie jene Obamas. Entscheidend mit Blick auf Außen- und Sicherheitspolitik ist der/die Nationale Sicherheitsberater:in, und hier blieb Präsident Biden im Unterschied zu den vier Ernennungen unter Donald Trump bei Jake Sullivan. Der zweite Grund für diese Annahme sind die Wahlkampfversprechen Präsident Bidens, zusammengefasst im Wahlspruch „Let’s finish this job!“, der Kontinuität ausdrückt (Williams, Mullery und Uzquiano 2024). In der Außen- und Sicherheitspolitik verspricht Biden weiterhin internationale Abkommen und Bündnisse (also Regeln und Institutionen), sowie den Kampf gegen den Klimawandel (also internationale Zusammenarbeit) ins Zentrum zu stellen. Der dritte Grund, Kontinuität zu erwarten, ist das bisher tatsächlich stabile Vorgehen, symbolisiert durch das im April 2024 verabschiedete Hilfspaket als Antwort auf „die Situationen in Israel und der Ukraine sowie für die Unterstützung der indo-pazifischen Region“ (White House 2024a). Durch die wahrscheinliche Republikanische Mehrheit im Senat (und sogar vielleicht auch im Repräsentantenhaus) nach den Wahlen, wäre allerdings mit einer schwierigeren Umsetzung der Regierungsprioritäten zu rechnen.

## Strategien zu Ukraine, Russland und NATO

Die (erste) Biden-Administration hat die Ukraine seit dem 24. Februar 2022 konsistent, aber insgesamt auf niedrigem Niveau, unterstützt. Laut dem Institut für Weltwirtschaft Kiel rangieren die USA bei der Unterstützung der Ukraine auf der 22. Stelle, wenn man Hilfgelder in Verhältnis zum jeweiligen BIP setzt (IFW Kiel 2024). Die jährlichen Ausgaben der USA für die Ukraine entsprachen bisher etwa 9% der jährlichen Ausgaben für den Irak-Krieg (2003-2011) (Congressional Research Service 2024; Crawford 2023; Watson Institute 2023). Ein Grund für eine gewisse Zurückhaltung der Biden-Administration, ist die Absicht weiterhin global präsent zu sein (und zu dominieren), und nicht den eigentlichen Fokus auf Europa zu legen. Ein zweiter Grund ist die relative regionale Priorisierung des Indo-Pazifikraumes, den die Nationale Sicherheitsstrategie Präsident Bidens als „Epizentrum der Geopolitik im 21. Jahrhundert“ bezeichnet (White House 2022b). Dort will man China als „einzigen Wettbewerber, der sowohl die Absicht hat, die internationale Ordnung umzugestalten, als auch in zunehmendem Maße über die wirtschaftliche, diplomatische, militärische und technologische Macht verfügt, dies zu tun“, entgegentreten, um die globale und regionale Dominanz aufrechtzuerhalten (White House 2022b). Der dritte Grund ist die Sorge der Biden-Administration vor einer Eskalation des Krieges in Form eines russischen Atombombenabwurfs auf die Ukraine, die ihre eigenen Atomwaffen 1994 auf Druck der USA abgegeben hatte (Salama und Gordon 2022). Die USA lieferten deshalb erst nach über einem Jahr hoch intensiven Kriegs erste Infanteriekampffahrzeuge, und nach zwanzig Monaten erste Hauptkampfpanzer und Raketen mit größerer Reichweite in jeweils sehr geringer Zahl. Immer wieder forderte Washington die Ukraine auf, vorsichtig zu sein, Angriffe von russischem Territorium nicht zu erwidern, und vor kurzem etwa auch Drohnen-Angriffe auf Raffinerien einzustellen, die u.a. Treibstoff für russische Hauptkampfpanzer und Kampfflugzeuge produzieren (Miller et al 2024). Wohl aus Sorge, die Ukraine könnte diese auch zu Angriffen gegen Ziele in Russland einsetzen, verweigert man die Lieferung der von der Ukraine zur Verteidigung des Luftraums dringend erbetenen westlichen Kampfflugzeuge.

Mit Blick auf diese zentrale Frage in der transatlantischen US-Strategie und Sicherheitspolitik, ist in einer möglichen zweiten Biden-Administration von Kontinuität auszugehen. Am 24. April unterzeichnete Präsident Biden ein Gesetz, das vor allem neue Hilfsleistungen für die Ukraine vorsieht. In seinem Statement hierzu spricht er im Ukraine-Kontext von einem „historischen Moment“, und einem Investment in die Sicherheit ganz Europas und die Sicherheit der USA. Er argumentiert, dass auch im Interesse der US-Wirtschaft und industriellen Stärke, Rüstungsgüter in den USA nachproduziert werden. Biden spricht Institutionen an, die Kohäsion der NATO, die bewahrt werden müsse; und er spricht indirekt von demokratischen Normen, wenn er betont, die USA stehe gegen Diktatoren und werde sich ganz sicher nicht Putin beugen. Zusätzlich sei dieser Schritt nötig, um einen Angriff Russlands auf

NATO-Staaten zu vermeiden, der einem Sieg im aktuellen Krieg folgen könnte. Denn dann müssten US-Soldaten zu Hilfe und an die Front ausrücken (White House 2024b). Präsident Biden bekennt sich hier auch zur fortgesetzten Strategie der globalen Dominanz („Primacy“), wenn er sagt, die USA „sieht globalen Entwicklungen nicht nur zu, sie gestaltet sie“, denn sie sei die „unentbehrliche Nation (...), die globale Supermacht, und die führende Demokratie der Welt“ und sie werde „genau [diese Führung] auch weiterhin liefern“ (White House 2024b). Unterdessen zeigen Umfragen, dass auch die Wähler:innen der Demokratischen Partei im Februar 2024 der Meinung waren, die USA geben zu wenig für die Unterstützung der Ukraine aus (44%) oder geben genau den richtigen Betrag Geldes aus (38%) (Groves und Sanders 2024). Weitere Hilfspakete sind wahrscheinlich, wenn die Republikaner diese nicht im Kongress blockieren sollten. Sollte sich die Situation in der Ukraine nicht dramatisch weiter verschlechtern, ist ein ähnliches Level an Hilfsgeldern zu erwarten. Ein zukünftiger NATO-Beitritt der Ukraine unter einer Biden-Administration wäre allerdings wohl nur möglich, wenn sich Russland z.B. in einem Appendix eines Waffenstillstands- oder Friedensabkommens damit einverstanden erklären würde. Andernfalls wäre Washington auch nach einem Ende aktiver Kampfhandlungen zurückhaltend, und aus Sorge um russische Atomwaffen, auf einen längeren Prozess bedacht.

### **Strategie zu China und Wahrscheinlichkeit eines direkten militärischen Konflikts**

Die (erste) Biden-Administration baut auf einem parteiübergreifenden Konsens auf, nämlich, dass die frühere China-Politik des Engagements gescheitert ist, und ein deutlich härteres Vorgehen notwendig ist (Maull, Stanzel und Thimm 2023). China als Rivale der USA um eine globale Vormachtstellung habe vom US-geführten System enorm profitiert, speziell von der Integration in die WTO. Umgekehrt habe sich Beijing aber geweigert, die von Washington beim WTO-Beitritt Chinas 2001 erwarteten marktwirtschaftlichen und rechtsstaatlichen Reformen umzusetzen. In den letzten Jahren ist die Entwicklung laut US-Regierung rückläufig, der Staat dominiere die chinesische Wirtschaft wieder stärker (inklusive marktverzerrender Subventionen), und die Rechtssicherheit nehme ab. Gleichzeitig habe die US-Wirtschaft in diesen Jahren erheblichen Schaden genommen.

Mit Blick auf den Wettbewerb mit China, hat sich Präsident Biden im wirtschaftlichen Bereich deutlich weniger liberal internationalistisch verhalten – also weniger interessiert an Institutionen, Regeln, Normen und internationaler Kooperation. Das Streitbeilegungsverfahren der WTO besteht aus zwei Ebenen. Der „Appellate Body“ für das zweitinstanzliche Verfahren kann auch weiterhin nicht arbeiten – wie unter Donald Trump – da die USA die Berufung neuer Richter blockieren. Laut Washington ist die WTO nicht geeignet, mit einem nicht-marktwirtschaftlichen Staat wie China umzugehen und daher

unbrauchbar. Die USA unternehmen allerdings auch keinen Versuch einer Reform der WTO bzw. des internationalen Handelsrechts. Hier unterstützt man demnach nicht die relevante internationale Institution und ein multilaterales Vorgehen. Die Biden-Administration hat keine bilateralen oder regionalen Freihandelsabkommen und keine Investitionsabkommen unterzeichnet. Im Rahmen des „Indo-Pacific Economic Framework“ hat man stattdessen versucht, Zusammenarbeit zu Lieferketten (gegen China) und beim Kampf gegen den Klimawandel auszubauen, aber die bindende Wirkung und der Effekt dieser Schritte bleibt unklar (Arasasingham 2023; Arasasingham et al 2023; Department of Commerce 2023a; Department of Commerce 2023b). Mit der EU hat man das „Trade and Technology Council“ geschaffen, um sich zu diversen wirtschaftlichen Fragen (v.a. im Wettbewerb gegen China) abzusprechen – nicht um neue Abkommen abzuschließen (USTR 2024).

In erster Linie hat Präsident Biden in der Wirtschaftspolitik entschiedene unilaterale Schritte gesetzt. Eine aktive Industriepolitik soll Chinas Marktmacht gerade bei erneuerbaren Energien und Elektrofahrzeugen brechen, und bei Innovation im Bereich Computerchips die USA auf längere Sicht vor China sehen (Inflation Reduction Act; CHIPS and Science Act) (Mazzocco 2022; White House 2023c; White House 2022a). In der Trump-Administration verhängte Importzölle auf chinesische Güter bleiben aufrecht, und stärkere Exportkontrollen bzw. auch Beschränkungen bei US-Investitionen in Richtung China wurden für militärisch relevante Bereiche eingeführt. Dies betrifft etwa modernste Computerchips, sowie Bereiche wie künstliche Intelligenz und Quanteninformatik (Congressional Research Service 2023; White House 2023a).

Gleichzeitig hat die erste Biden-Administration auf eine Stabilisierung der politisch-diplomatischen Beziehungen mit China gesetzt, um durch „Leitplanken für den Wettbewerb“ eine Eskalation zu vermeiden (Nye 2023; Wong, Bradsher and Rappeport 2023). Eine Serie an hochrangigen Vertreter:innen der Administration reiste im Rahmen einer Charme-Offensive nach China, und Präsident Biden empfing Präsident Xi in Kalifornien (Gan 2024; Huang, Kardon und Sheehan 2023). Die USA bemühten sich nach wiederholten russischen Drohungen um ein starkes Statement Beijings gegen den Einsatz von Atomwaffen bzw. die Drohung damit (Bugos 2022), und die chinesische Führung machte tatsächlich entsprechende Statements. Die USA standen möglichen Beiträgen Beijings zu einem Friedensschluss zwischen Russland und der Ukraine auch zunehmend offener gegenüber (Ignatius 2023). Das Risiko eines Krieges in der Taiwan-Straße wurde hoch genug eingeschätzt, um verstärkte US-Bemühungen in Richtung Abschreckung zu setzen. Einerseits sagte Präsident Biden selbst explizit zu, Taiwan im Kriegsfall zu verteidigen (Cohen 2023). Traditionell hält sich Washington offen, ob es bei einem Krieg in der Taiwan-Straße direkt eingreifen würde. Anscheinend sah Präsident Biden dies nun als unzureichend, um einen militärischen Angriff Beijings abzuschrecken. Andererseits hat Präsident Biden nach dem Sieg

des Beijing-kritischen Kandidaten bei den Wahlen auf Taiwan Anfang 2024, auch explizit festgehalten, dass die USA keine einseitige Änderung des Status Quo unterstützen werden (Holland, Bose und Hunicutt 2024). Die Aussicht auf eine Abwendung der USA, soll auch Taipeh von der Ausrufung der Unabhängigkeit als „Taiwan“ und Beantragung eines Sitzes in der UNO abschrecken.

In einer möglichen zweiten Biden-Administration ist auch im Ansatz bezüglich China Kontinuität zu erwarten, wobei Beijings Verhalten die aktuelle Politiklinie stark herausfordern könnte. Noch vor seinem Amtsantritt hat Joe Biden den ehemaligen Außenminister John Kerry zum Sonderbeauftragten für Klimafragen ernannt, im März 2024 dann den ehemaligen Stabschef im Weißen Haus der Obama-Administration John Podesta (Knickmeyer 2020; Long und Daly 2024). Wie in der Nationalen Sicherheitsstrategie festgehalten (White House 2022b), ist der Kampf gegen den Klimawandel für Präsident Biden zentral und internationale Kooperation hierfür unerlässlich (auch wenn Erfolge auf sich warten lassen). Als Staat mit den höchsten Emissionen, aber gleichzeitig Vorreiter bei erneuerbarer Energieproduktion und den hierfür nötigen kritischen Rohstoffen und Lieferketten, ist China für den Erfolg bei dieser (und vielen anderen) globalen Herausforderung(en) zentral (siehe James and Volcovici 2022). Präsident Biden scheint weiterhin überzeugt, von internationaler Kooperation, der Bedeutung von Institutionen und Regeln, sowie einem Wettbewerb „mit Leitplanken“ der nicht eskaliert (siehe oben). Die diplomatischen Bemühungen um Stabilität mit China haben seit 2023 deutlich zugenommen und werden fortgesetzt.

Trotz dem liberal internationalistischen Ansatz zeigen das militärische Hilfspaket für US-Partner im Indo-Pazifik (inklusive Taiwan) vom April 2024, die erste US-Militärhilfe für Taiwan über ein Programm für souveräne Staaten im Juli 2023, und Präsident Bidens wiederholte persönliche Zusagen eines direkten Eingreifens durch das US-Militär bei einem Angriff Beijings, dass hier eine harte Linie gefahren werden soll (White House 2024a; Atwood 2023; Cohen 2023). Generell hat Präsident Biden die US-Position im Pazifik über das sogenannte „AUKUS“-Verteidigungsbündnis mit Australien und dem Vereinigten Königreich, die sogenannte „Quad“-Kooperation mit Indien, Japan und Australien, und die trilaterale Zusammenarbeit mit Japan und Südkorea ausgebaut. Hinzu kommen der Zugang zu zusätzlichen Militärbasen in den Philippinen und die neue „umfassende strategische Partnerschaft“ mit Vietnam (Kurlantzick und McGowan 2023; Lema 2023; Luthra 2023). Mit den kleinen Insel-Staaten des Pazifiks wurden erste „US-Pacific Island Forum“-Gipfeltreffen der Regierungschefs abgehalten (White House 2023b). Im wirtschaftlichen Bereich ist eine weitere graduelle Entflechtung der US- und chinesischen Volkswirtschaft wahrscheinlich, wobei die USA China v.a. Technologien vorenthalten wollen, die einen schnelleren militär-technologischen Fortschritt erlauben könnten. Eine zweite Biden-Admi-

nistration würde also wahrscheinlich versuchen, die regionale Dominanz des US-Militärs im Westpazifik zu erhalten, und die globale Dominanz („Primacy“) der USA durch wirtschaftliche Schritte zu untermauern, die weniger auf die Integration anderer Staaten mit US-Märkten, sondern eher den gezielten Ausschluss mancher Staaten bauen. Die Beziehungen mit China werden demnach vermutlich spannungsgeladen sein.

Vor allem ein möglicher aber mittelfristig unwahrscheinlicher Versuch der Volksrepublik China Taiwan militärisch unter Kontrolle zu bringen (Eder 2024), würde die China-Politik der Biden-Administration grundlegend ändern. Die Wahrscheinlichkeit eines direkten militärischen Konflikts zwischen den USA und China wäre in so einem Fall hoch. Präsident Biden selbst hat einen Angriff für die nächste Zeit aber als unwahrscheinlich bezeichnet, da China mit größeren wirtschaftlichen Problemen beschäftigt ist (Tan 2023). Tatsächlich kämpft die Volksrepublik mit einer schleppenden wirtschaftlichen Erholung nach der COVID-Pandemie, deutlich niedrigeren Wachstumsraten, hoher Verschuldung, und zu geringem heimischem Konsum. In den Debatten chinesischer Außenpolitikexperten zeigt sich auch, dass Russlands Probleme im Krieg gegen die Ukraine eine abschreckende Wirkung auf China haben (Entringer García Blanes et al 2024). China möchte seine Wirtschaft gegenüber Sanktionen weniger verwundbar, und sein Militär für eine derartige Operation besser vorbereitet wissen. Eine aktuelle Serie an Korruptionsverfahren gegen führende chinesische Militärs deutet darauf hin, dass Präsident Xi noch nicht volles Vertrauen in das Militär hat (Yew und Chen 2023). Ein Scheitern im Kriegsfall ist noch zu wahrscheinlich, um das enorme Risiko für Präsident Xi persönlich sowie die Kommunistische Partei insgesamt einzugehen – Präsident Xi behält das Ziel Taiwan jedoch im Auge (China Power 2023). China wird zunächst versuchen Taiwan wirtschaftlich, gesellschaftlich, medial, und über seine politischen Parteien zu beeinflussen, Anreize und Drohungen einsetzen. Erst wenn all dies als hoffnungslos erachtet wird, und die oben genannten anderen Bedingungen zu Beijings Gunsten verändert wurden, wird ein militärischer Angriff wahrscheinlich. Das dürfte erst mit langfristiger Perspektive, das heißt in mehr als fünf Jahren und damit nach einer möglichen zweiten Biden-Administration der Fall sein.

### **Die Strategie zum Nahem Osten und Nord Afrika (MENA-Region)**

Eine der größten Kehrtwendungen in der Amtszeit von Joe Biden war seine Haltung gegenüber Saudi-Arabien. Während er Land und Führung anfangs wegen diverser Menschenrechtsverletzungen kritisierte und die langjährige Partnerschaft zwischen den beiden Staaten an Bedeutung zu verlieren schien, hat sich das Blatt 2023 radikal gewendet und Saudi-Arabien wurde zum zentralen Baustein der Nahostpolitik Joe Bidens (Hirsh 2024). Mit der Renaissance der Partnerschaft mit Saudi-Arabien sollen



zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden. Zum einen soll dem wachsenden Einfluss Chinas im Königreich entgegengewirkt, zum anderen eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Israel erreicht werden. Mit der Annäherung dieser beiden US-Partner in der Region soll der vom Iran angeführten „Achse des Widerstands“ entgegnet werden (Desiderio 2022).

Der saudische Kronprinz Mohammad bin-Salman fordert einen hohen Preis für die Normalisierung der Beziehungen zu Israel, den die USA offenbar zu zahlen bereit sind. Konkret geht es um eine Sicherheitsgarantie der USA für Saudi-Arabien, die einer amerikanischen Beistandsverpflichtung im Falle eines Angriffs auf saudisches Territorium gleichkäme. In mancher Hinsicht existiert eine solche Vereinbarung bereits informell, allerdings zeigte das zögerliche Agieren der USA nach dem Angriff der mit dem Iran verknüpften Huthi-Rebellen auf wichtige Öl-Raffinerien im Jahr 2022 der saudischen Führung, dass eine formalisierte Verteidigungsallianz notwendig sei, um die Sicherheit des Königreichs zu gewährleisten und eine glaubhafte Abschreckung gegenüber dem Iran vorweisen zu können.

Darüber hinaus würden die USA Saudi-Arabien bei einem zivilen Nuklearprogramm unterstützen, das zumindest potenziell auch als Deckmantel für militärische Nuklearambitionen dienen könnte (Singh 2024). Der aufgrund der Solidarisierung weiter Teile der saudischen Gesellschaft mit der palästinensischen Bevölkerung unter innenpolitischem Druck stehende Mohammad bin-Salman (Schaer 2023, Al Omran 2024) hat zudem zu verstehen gegeben, dass ein solcher Deal mit Israel für ihn nur dann vorstellbar sei, wenn er konkrete und unumkehrbare Schritte hin zu einem palästinensischen Staat beinhalte (Cooper 2024). Alle drei Beteiligten (Israel, USA, Saudi-Arabien) haben ein Interesse daran, den Deal noch in der laufenden Amtszeit Bidens unter Dach und Fach zu bringen, da sich sonst das Zeitfenster aufgrund des ungewissen Ausgangs der US-Wahlen im November schließen könnte. Angesichts der aktuellen Situation im Gazastreifen und der Unpopularität einer Zwei-Staaten-Lösung in Israel erscheint eine rasche Einigung aber unwahrscheinlich. Aus diesem Grund dürfte diese Problematik auch eine Biden II-Administration weiterhin stark beschäftigen. In Bezug auf den Israel-Palästina-Konflikt verschlechtert sich das Verhältnis zwischen Biden und Netanjahu (Collinson 2024). Joe Biden spürt den Druck des linken Flügels der Demokratischen Partei, die brutale Kampagne Israels in Gaza zu verurteilen bzw. nicht weiter militärisch zu unterstützen (Epstein & Huynh 2023). Präsident Biden will die Palästinensische Autonomiebehörde als Regierungsinstanz für die Zeit nach dem Gaza-Konflikt etablieren, ein Vorschlag, den Premierminister Netanjahu allerdings ablehnt (Cloud et al. 2023).

Mit Blick auf den Iran ist davon auszugehen, dass in einer zweiten Amtszeit Bidens der bisherige Kurs fortgesetzt werden würde. Nach dem Scheitern der Wiederbelebung des Atomabkommens hat man

sich auf deeskalierende Maßnahmen beschränkt, um die Beziehungen zu Teheran nicht weiter zu verschlechtern. Statt das Regime direkt an der Entwicklung einer Nuklearwaffe zu hindern, versuchte man dies indirekt durch das Schmieden anti-iranischer Allianzen in der Region (Brewer & Rome 2023). Abschreckung bei gleichzeitiger Deeskalation lautet also die Devise; demnach wiederum „verantwortungsvoller Wettbewerb“ in einem liberal-institutionalistischen Ansatz. Dieser Kurs wird sich vermutlich fortsetzen. Dies gilt allerdings nur für den Iran direkt, weniger für seine Proxies, wie die Hisbollah oder die Huthi-Rebellen. Wie die konfrontative Politik Joe Bidens gegenüber den Huthi-Rebellen im Jemen zeigt, stellt die Gefährdung des internationalen Handels eine rote Linie für die derzeitige Administration dar. Darüber hinaus schreckt Biden auch nicht vor direkten Militärschlägen gegen Iran-nahe Milizen in anderen Staaten der Region zurück, wie die Luftschläge gegen Stützpunkte der Kataib Hezbollah im Irak zeigen (Bertrand et. al 2024). Es ist zu erwarten, dass die Haltung gegenüber dem iranischen regionalen Netzwerk zukünftig aggressiver ausfallen wird. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund der jüngsten Ereignisse zu sehen, bei denen drei US-Soldaten durch einen von syrischen Milizen ausgehenden Drohnenschlag getötet wurden (Britzky, Bertrand & Liebermann 2024). Die Konfrontation erreichte somit eine neue Qualität.

Die Biden-Doktrin für die MENA-Region in der kommenden Amtsperiode steht und fällt mit der Erweiterung der Abraham-Accords um Saudi-Arabien, welche auch eine formale Verteidigungsallianz mit dem Land vorsähe. Da Kronprinz Mohamed Bin Salman eine Zusage Israels zur Zwei-Staaten-Lösung als Voraussetzung für das Abkommen nennt, müssten die USA, eine härtere Haltung gegenüber Israel einnehmen, um es zu Zugeständnissen zu bewegen. Wie der US-Präsident selbst bei einer Pressekonferenz Ende Oktober letzten Jahres zu verstehen gab, ist auch für ihn eine langfristige Lösung des Nahost-Konfliktes nur durch eine Zwei-Staaten-Lösung vorstellbar (Biden 2023). Aussichten auf eine tatsächliche Umsetzung dieses Vorhabens sind derzeit jedoch äußerst gering. Sollten sich die Parameter dieser Dreiecksverhandlungen zwischen Israel, Saudi-Arabien und den USA mittelfristig nicht verändern, würde dies bedeuten, dass der zentrale Baustein der Biden-Strategie für die MENA-Region zerbröckelt. Insofern ist es fraglich, ob die Administration entweder auf ein diplomatisches Wunder oder eine grundlegende Neuausrichtung der Verhandlungsbedingungen hofft oder im Hintergrund bereits einen „Plan B“ entwickelt hat.

### **3. Geopolitische Prioritäten einer möglichen zweiten Trump-Administration**

Dieser zweite Teil der Analyse geht davon aus, dass Donald Trump erneut der Kandidat der Republikanischen Partei sein, und nach 2016 ein zweites Mal die Präsidentschaftswahlen gewinnen wird. Allein

unvorhergesehene gesundheitliche Probleme des 77-jährigen Trump oder rechtliche Zwänge nach Anklagen in 91 Straftatbeständen könnten eine Kandidatur noch verhindern. Bewertet werden die Auswirkungen eines Wahlsiegs von Donald Trump auf die geopolitischen Prioritäten der USA, sowie die damit einhergehenden Herausforderungen für Europa. Diese Analyse ist auch für den unwahrscheinlichen Fall aufschlussreich, dass doch eine andere Person die republikanische Nominierung erhält, da viele der von breiteren konservativen Kreisen in den USA gewünschten Maßnahmen nicht von einer einzelnen Person abhängen.

### **Die Trump-Doktrin – Grand Strategy, Vorgehen und Schwerpunkte**

Konservative Politikberater:innen kündigen für den Fall eines republikanischen Wahlsieges die bedeutendste Änderung der außenpolitischen Grundprinzipien der USA seit dem Ende des Kalten Krieges an (Dans & Grovens 2023).

Mit der Rückkehr Donald Trumps ins Weiße Haus würde es zu einem großen personellen Umbruch in Regierung und Verwaltung kommen, der sich an den Politikvorschlägen der Heritage Foundation orientieren würde. Als einflussreicher konservativer Think Tank konnte die Foundation bereits in der ersten Trump-Administration Erfolge verbuchen, da nach eigenen Angaben zwei Drittel ihrer Vorschläge innerhalb eines Jahres umgesetzt wurden (Heritage Foundation 2018). Für die kommende Legislaturperiode steht das Institut mit einem 900 Seiten umfassenden Policy Paper und einer bis zu 20.000 Personen umfassenden Datenbank bereit, um eine mögliche republikanische Administration inhaltlich und personell zu beraten (Swan & Haberman 2023). Ziel sei es, den „Trumpismus“ zu institutionalisieren (Garcia-Navarro 2024). Folgt man der Argumentation, dass Trump in seiner ersten Amtszeit maßgeblich von ideologisch abweichendem, administrativem Personal in Schach gehalten wurde, das die Umsetzung seiner radikalsten Maßnahmen aktiv oder passiv zu verhindern suchte, so würde eine ideologisch handverlesene personelle Zusammensetzung der Regierungsbehörden eine noch tiefgreifendere konservative Politikwende bedeuten. Diese wäre geprägt von der „America First“ Doktrin.

Die Idee von "America First" betont die Priorisierung der US-amerikanischen Interessen über globale oder normative Überlegungen. Sie legt nahe, dass internationale Handlungen und Beziehungen hauptsächlich nach ihrem direkten Nutzen für die USA bewertet werden sollten, oft in Bezug auf wirtschaftliche Gewinne, nationale Sicherheit und Souveränität. Dieser Ansatz impliziert, dass normative Überlegungen, wie beispielsweise die Förderung von Menschenrechten oder demokratischen Werten weltweit, geringe Priorität haben. Stattdessen wird der Fokus auf transaktionale Vorteile und kurzfristige

Gewinn-Verlust-Rechnungen gelegt, die direkt eng definierten US-amerikanischen Interessen dienen müssen. Wie der Isolationismus betont auch die "America First"-Doktrin den Vorrang nationaler Interessen vor internationalen Angelegenheiten. Letztere Leitlinie könnte jedoch eine aktivere Rolle der USA in der Welt implizieren, insbesondere dann, wenn selektive und zeitlich begrenzte Interventionen als im Interesse der USA liegend angesehen werden.

Die „America First“-Doktrin lässt sich nicht unmittelbar einer Schule der Internationalen Beziehungen zuordnen. Im Kern weist sie einige realistische Grundprinzipien auf, wie das Primat der Macht und der Selbsthilfe. Allerdings beschreibt das Prinzip der populistischen Souveränität Donald Trumps außenpolitischen Ansatz besser (Ettinger 2020). Diese Souveränität ist zweifach zu verstehen. Einerseits wird die Anerkennung der vielfältigen internationalen Landschaft betont, in der jedem Staat die eigene Ausgestaltung überlassen ist (Trump 2017). Andererseits wird die Souveränität der Bevölkerung hervorgehoben, die das Verfolgen der nationalen Interessen des eigenen Staates als primäre außenpolitische Aufgabe postuliert. Laut Donald Trump ist dies in den USA seit geraumer Zeit nicht mehr gegeben, da die „liberale Elite“, welche die Außenpolitik Amerikas steuere, ihre eigenen Interessen oder jene von Verbündeten verfolge, aber nicht jene der amerikanischen Bevölkerung (Trump 2016). Aus diesem dualen Verständnis der Souveränität heraus ergibt sich eine prinzipielle Zurückhaltung bezüglich internationaler Interventionen, eine Skepsis gegenüber Norm-geleiteten Politiken auf der internationalen Bühne sowie eine Interpretation des nationalen Interesses als das Verfolgen kurzfristiger, unmittelbar spürbarer Gewinne für die eigene Bevölkerung.

### **Bedeutung der transatlantischen Beziehungen**

Unter einer Amerika First Doktrin würde sich die Bedeutung der transatlantischen Beziehungen für die USA im Vergleich zur derzeitigen Administration grundsätzlich ändern. Die Beziehung würde nur noch auf transaktionale Aspekte hin evaluiert werden und ihre normative Bedeutungsebene verlieren. Konkret zeigt sich dies in den Plänen Trumps nur noch jenen NATO Mitgliedsstaaten Schutz zu gewähren, welche dem unter den NATO-Staaten vereinbarten Ziel von 2% BIP-Verteidigungsausgaben nachgekommen sind (Sullivan 2024). Weiters soll Europa im Falle eines Angriffes in der Lage sein sich anfänglich selbst zu verteidigen. Die USA würden dann erst im weiteren Kriegsverlauf militärische Unterstützung senden, wenn die finanziellen Rahmenbedingungen stimmen. Dadurch könnte die amerikanische Militärpräsenz in Europa deutlich reduziert werden. Die USA wären dann nur noch primäre für die nukleare Abschreckung zuständig (Dans & Grovens 2023).

## **Exekutivmacht**

Inwieweit eine Trump II-Administration freie Hand bei der Umsetzung ihrer Pläne haben würde, hängt auch von der Zusammensetzung des Kongresses ab. Der US-Senat würde im Falle eines republikanischen Wahlsieges bei den Präsidentschaftswahlen aller Voraussicht nach republikanisch dominiert werden. Derzeit verfügen die Demokraten dort über eine hauchdünne Mehrheit von nur einem Senator, und in diesem Jahr werden deutlich mehr demokratische als republikanische Senatoren aus der oberen Kammer ausscheiden. Ein Senatssitz in West Virginia wird nach aktuellen Umfragen mit großer Wahrscheinlichkeit ohnehin von den Demokraten zu den Republikanern wechseln (Wise 2023). Selbst bei einem absoluten Gleichstand von 50 Senatoren pro Partei würde der Senat als republikanisch dominiert gelten, da der Vizepräsident bei Stimmengleichheit überstimmen kann. Das Rennen um das Repräsentantenhaus gestaltet sich hingegen relativ offen. Es ist aber auch hier absolut möglich, dass die Republikaner ihre Mehrheit im Unterhaus verteidigen können, wodurch Donald Trump seine Autorität uneingeschränkt ausüben könnte. Sollte das Repräsentantenhaus in die Hände der Demokraten fallen, könnte diese Kammer bestimmte Gesetzesvorhaben blockieren und damit den außenpolitischen Handlungsspielraum Trumps einschränken. In diesem Szenario ist davon auszugehen, dass Trump wie in seiner ersten Amtszeit auf sogenannte „Executive Orders“ zurückgreifen wird. Diese stellen eine Art gesetzgebende Kompetenz der Exekutive dar, mit der die Legislative teilweise umgangen werden kann. Mit Hilfe des republikanisch dominierten und bisher sehr Trump-freundlich agierenden Supreme Court und einer neu installierten loyalen Beamtenschaft könnte Trump seine Autokratisierungstendenzen aus der ersten Amtszeit auf eine neue Stufe heben und damit in seiner Politikgestaltung grundsätzlich unabhängiger von der Legislative werden. In diesem Zusammenhang will Trump das sogenannte „Impoundment“ wieder einführen, eine in den 1970er Jahren vom US-Kongress abgeschaffte Exekutivbefugnis, die es dem Präsidenten erlaubt, vom Kongress für Gesetzesvorhaben bewilligte Mittel auf unbestimmte Zeit zu blockieren (Trump 2023b).

## **Strategien zu Ukraine, Russland und NATO**

Die „America First“-Doktrin leitet auch die konservative Position zum Russland-Ukraine Krieg und zur Unterstützung der Ukraine. Diese müsse im engeren Sinne US-Interessen dienen und dabei auch ein klares Endziel aufzeigen. Dies sei nur möglich, wenn die Europäer deutlich mehr Verantwortung, vor allem auch in finanzieller Hinsicht, übernehmen und ein Ende des Krieges absehbar wäre. Die USA würden sich dann auf bezahlte Waffenlieferungen beschränken, während Europa die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Ukraine abdeckt. So lautet der Syntheseversuch der Heritage Foundation zwischen

den beiden Positionen innerhalb der Republikanischen Partei (Dans & Grovens 2023). Die bisherige Parteiführung um Mitch McConnell sieht die Verhinderung russischer Gebietsgewinne noch klar im Interesse der USA und befürwortet weitere Waffenlieferungen. Damit unterscheidet sich diese Position nicht wesentlich von der der Biden-Administration. McConnell hat allerdings angekündigt im November 2024 nicht mehr zur Wiederwahl anzutreten (Tackett 2024). Eine nahezu konträre Position nehmen einige republikanische Kongressabgeordnete ein, die sich als besonders loyale Anhänger Donald Trumps positionieren: Die Ukraine sei ein weit entferntes, hochgradig korruptes Land, das nicht im Zentrum amerikanischer Sicherheitsinteressen liege. Das Geld für die Verteidigung des osteuropäischen Staates wäre in den USA selbst besser angelegt. Der republikanische Sprecher des Repräsentantenhauses Mike Johnson und Donald Trump erwägen nun der Ukraine weitere Unterstützung nur als Darlehen zur Verfügung zu stellen (Fox et al. 2024). Die Verabschiedung des neuen Hilfspakets für die Ukraine im Unterhaus am 20.04.2024 wäre ohne das einstimmige, demokratische Votum nicht möglich gewesen. Das republikanische Votum fiel mit 101 pro und 112 gegen Stimmen (eine Enthaltung, vier Absenzen) dagegen gemischt aus (United States House of Representatives 2024). Aufgrund der Ermöglichung dieses Votums haben sich jedoch bereits drei radikale, republikanische Abgeordnete für eine Amtsenthebung von Sprecher Mike Johnson ausgesprochen (Koenig 2024).

Präsidentenskandidat Trump macht es sich indes leicht, wenn er davon spricht, den Krieg innerhalb von 24 Stunden beenden zu können. Der russische Präsident Putin und der ukrainische Präsident Selenskyj sollen an den Verhandlungstisch gebracht werden, indem man ersterem eine massive Erhöhung der Hilfen für die Ukraine und letzterem deren völlige Einstellung androht (Blake 2023). Ziel der Verhandlungen soll dann ein Einfrieren des Konfliktes entlang des aktuellen Frontverlaufes sein. Die Rede ist von einem unmittelbaren Waffenstillstand (Trump 2023a). In diesem Szenario würde die Ukraine ihre Souveränität bewahren und hätte de jure weiterhin Anspruch auf die russisch besetzten Gebiete ihres Territoriums. Das Land soll weiterhin wehrhaft bleiben und möglicherweise mit westlichen Sicherheitsgarantien, einschließlich einem denkbaren NATO und/oder EU-Beitritt, ausgestattet werden (Kellogg 2023). Warum Putin, abgesehen von der nur bedingt glaubwürdigen Drohung, die US-Hilfe für die Ukraine deutlich zu erhöhen, einem solchen Deal zustimmen sollte, der kaum eine seiner erwartbaren Forderungen enthält, bleibt unklar.

Sollte mindestens eine der beiden Kriegsparteien nicht verhandlungsbereit sein, wäre der Krieg unabhängig von der Position der USA nicht beendet. Damit wäre das vollmundige Vorhaben Trumps sofort gescheitert. Geht man zudem davon aus, dass Trump die amerikanische Unterstützung einstellen würde, wären mittelfristig weitere russische Gebietsgewinne sehr wahrscheinlich. Damit hätte Trump

nicht nur sein Wahlkampfversprechen gebrochen, sondern auch einen der größten Antagonisten Amerikas gestärkt. Dieses Szenario ist nicht auszuschließen, doch dürfte auch Donald Trump bewusst sein, dass es für ihn attraktivere Alternativen gibt. Eine deutliche Zunahme der europäischen Unterstützung bei gleichzeitiger Abnahme der amerikanischen und die Etablierung eines klaren Kriegsziels für die republikanische Öffentlichkeit könnten durchaus als Gewinn verkauft werden.

Letztendlich bleibt die republikanische Positionierung zum russischen Angriffskrieg in der Ukraine unklar. Einen handfesten, tatsächlich umsetzbaren Plan scheint es nicht zu geben. Trump würde wohl eine de facto Kapitulation der Ukraine mit dementsprechendem Friedensvertrag in Kauf nehmen, um hinsichtlich seines außenpolitischen Friedensnarrativ Kapital schlagen zu können. Allerdings wird diese Rechnung ohne die Ukraine, ohne die europäischen Staaten die ihre Unterstützung erhöhen könnten, und ohne Demokraten (und einige Republikaner) die weiterhin unterstützen wollen, gemacht. Das wahrscheinlichste Szenario ist daher, dass eine Trump II-Administration der Ukraine Unterstützung nur noch in Form von Krediten und bezahlten Waffenlieferungen zukommen lassen würde. Die europäischen Staaten müssten somit finanziell wie militärisch ihre Unterstützung erhöhen, um die Ukraine wehrfähig zu halten.

### **Strategie zu China und Wahrscheinlichkeit eines direkten militärischen Konflikts**

Sowohl die Ankündigungen des erneuten Präsidentschaftskandidaten Donald Trump als auch das „Mandate for Leadership“-Papier der einflussreichen Heritage Foundation (im Rahmen des „Project 2025“) deuten auf eine erheblich konfrontativere China-Politik im wirtschaftlichen Bereich. Donald Trump selbst hat vor allem angekündigt, den Handelskrieg mit China drastisch zu verschärfen, u.a. durch Zölle von bis zu 60% auf alle Importe aus China (Sullivan 2024a). Man erkennt einen klaren Unterschied zu den Demokraten in Trumps fortgesetztem Fokus auf die Bekämpfung des US-Handelsdefizits gegenüber China – er hatte es allerdings auch nicht erfolgreich verringert. Trumps Vorstellungen decken sich weitgehend mit den Ausführungen seines ehemaligen „Direktors für Handel und Industriepolitik“ Peter Navarro. Dieser schlägt zusätzlich vor, chinesische Investitionen im US High-Tech-Sektor zu verbieten, und chinesische Unternehmen von öffentlichen Ausschreibungen in den USA auszuschließen sowie diese von US-Börsen rauszudrängen. Chinesische Produkte sollen aus dem E-Commerce-Markt in den USA schrittweise verschwinden. Umgekehrt sollen US-Unternehmen nicht mehr in chinesische Staatsanleihen investieren dürfen, und US-Pensionsfonds nicht mehr in chinesische Aktien. Chinesische Studierende und Forscher:innen sollen keine Visa für die USA mehr erhalten. Es sollen

also die Beziehungen bei Handel, Investitionen, Kapitalverkehr und Personenverkehr beschränkt werden (Dans & Groves 2023).

Es gibt einen Flügel der Republikanischen Partei, der dieses Thema anders sieht, inklusive libertärer Autoren, und der als letzte ausgeschiedenen innerparteilichen Gegenkandidatin Trumps Nikki Haley (Bloomberg Television 2024; Dans & Groves 2023). Es ist allerdings unklar, ob und wie stark dieser Flügel nach einem Wahlsieg Trumps im November 2024 die Parteilinie noch beeinflussen könnte.

Im Bereich Sicherheit würde eine zweite Trump-Administration deutlich weniger auf die Verbündeten und Partner der USA setzen, und stattdessen auf einen schnelleren Ausbau des US-Militärs. Donald Trump hatte als Präsident argumentiert, dass die US-Verbündeten Japan und vor allem Südkorea die USA finanziell ausnutzen (Hu 2016). Sie sollten mehr für ihre Verteidigung ausgeben bzw. die USA für die Stationierung von Truppen (besser) bezahlen. Die eigenen US-Verteidigungsetats sollten aber auch stärker steigen als unter der Biden-Administration.

Bezüglich dem Kriegsrisiko in der Taiwan-Straße und der befürworteten US-Reaktion darauf, zeigt sich in der Republikanischen Partei Anfang 2024 ein widersprüchliches Bild. Einige prominente Republikaner haben Präsident Biden stark für seine Unterstützung der Ukraine kritisiert, da jedwede Ressource der USA für die Abschreckung bzw. Kriegsvorbereitung gegen China im Westpazifik einzusetzen sei – die Gruppe bezeichnet sich im Strategiekontext als „Prioritizers“ im Gegensatz zu „Primacists“ (Colby 2023). Darunter findet sich auch der ehemalige Stellvertretende Verteidigungsminister in der ersten Trump-Administration Elbridge Colby, der den Erstellungsprozess der Nationalen Verteidigungsstrategie unter Donald Trump leitete (Department of Defense 2018). Der ehemalige republikanische Vorsitzende des China-Ausschusses im Repräsentantenhaus Mike Gallagher beschrieb ein deutlich höheres Risiko eines chinesischen militärischen Vorgehens gegen Taiwan als die Demokratische Administration, und befürwortete eine Präpositionierung von Waffensystemen und Munition (Martina 2023). Gleichzeitig zog Donald Trump in einem Interview in Zweifel, ob die USA Taiwan im Kriegsfall überhaupt zu Hilfe kommen würden, weil Taiwan den USA Arbeitsplätze im Bereich Computerchips weggenommen habe (Brar 2024; Geddie, Kelly and Yamamoto 2024). Da der ehemals einflussreiche Mike Gallagher Anfang 2024 ankündigte, nicht zur Wiederwahl anzutreten, scheint offen, ob die Republikanische Partei auch bezüglich Taiwans einen Kurswechsel vollziehen könnte. Stand April 2024 betont die Republikanische Partei die (teils exklusive) strategische Bedeutung des Westpazifiks (und Taiwans) mehr als die Demokratische Partei, verfolgt eine härtere Konfrontation in den US-China Beziehungen, sieht ein höheres Kriegsrisiko zwischen Beijing und Taipeh, lässt aber im Gegensatz zu Präsident Biden offen, ob die USA einschreiten würden bzw. sollten.



Eine zweite Trump-Administration würde wahrscheinlich versuchen, die regionale Dominanz des US-Militärs im Westpazifik zu erhalten. Hierbei würde sie allerdings weniger auf Verbündete und Partner, sowie möglicherweise sogar weniger auf eine spezifische Abschreckung bzw. Abwehr von Angriffen auf Taiwan, und mehr auf allgemein höhere Ausgaben für die US-Marine setzen. Von Partnern würde man höhere Ausgaben für die jeweils eigenen Militärs sowie (höhere) Zahlungen für die US-Präsenz verlangen. Abweichend von den bisherigen Aspekten der US-Strategie der globalen Dominanz („Primacy“) (siehe oben), würde man Partner möglicherweise weniger beruhigen und eindämmen, und jedenfalls weniger in US-geführte Institutionen und Märkte integrieren. Selbst das Unterbinden der Verbreitung von Atomwaffen ist nicht gänzlich gesichert, da Donald Trump bereits gesagt hat, Südkorea sollte sich vielleicht selbst nuklear bewaffnen und schützen (Gallo 2022). Wirtschaftspolitisch würde man vor allem China noch stärker vom US-Markt ausschließen. Die Beziehungen mit China wären wahrscheinlich noch mehr spannungsgeladen als unter einer zweiten Biden-Administration. Auch in einer zweiten Trump-Administration wäre das Risiko eines Angriffs Chinas auf Taiwan zunächst noch gering. Sollte China angreifen, wäre auch unter Donald Trump die Wahrscheinlichkeit eines direkten militärischen Konflikts zwischen den USA und China hoch. Allerdings Donald Trump im Gegensatz zu Präsident Biden nicht zugesagt, Taiwan im Kriegsfall zu verteidigen. Er hat das stattdessen explizit in Frage gestellt. Es bestünde eine gewisse Chance für China, einen Krieg in der Taiwan-Straße ohne direktes Eingreifen der USA zu führen.

### **Strategie zum Nahen Osten und Nord Afrika (MENA-Region)**

Die Heritage Foundation fordert eine Wiedererstarkung des amerikanischen Engagements im Nahen Osten. Dies sei notwendig, um den wachsenden Einfluss Russlands und Chinas in der Region zu kontern, sowie das wachsende Chaos ohne US-Führung, das sichere Handelsrouten und geo-ökonomische Interessen bedroht. Es ist davon auszugehen, dass Donald Trump eine Erweiterung der Abraham Accords mit Saudi-Arabien anstreben wird, um die Position Israels vis-à-vis Iran zu stärken. Generell würde eine Trump II-Regierung wieder eine engere Beziehung zu Saudi-Arabien suchen (Hirsh 2024). Bezüglich des Irans gelte es laut Heritage Foundation eine atomare Bewaffnung zu verhindern, und letztlich eine Absetzung des Mullah-Regimes von innen heraus, aber mit amerikanischer Unterstützung, zu erreichen (Dans & Grovens 2023). Donald Trumps harte Linie in seiner ersten Amtszeit – Aufkündigung des Atomabkommens und Ermordung des populären iranischen Generals Qasem Soleimani – würde damit fortgesetzt. Trump macht zudem den Iran für den Hamas-Angriff auf Israel am

07.10.2023 verantwortlich (Trump 2024). Mit Ägypten, Saudi-Arabien, den Golfstaaten, Israel und potenziell Indien soll eine Anti-Iran Allianz geschmiedet werden. Diese soll nach dem „Quadrilateral Security Dialogue“ zwischen den USA, Australien, Indien und Japan im Indopazifik modelliert werden.

Im Hinblick auf den Israel-Palästina-Konflikt ist unter einer Trump II-Administration mit einer noch israelfreundlicheren Politik zu rechnen. Fundamentalistische Christen sind in den USA eine wichtige Wählergruppe für Donald Trump, die eine klar pro-israelische Haltung fordert (McGreal 2023). Die in der ersten Amtszeit von Donald Trump getroffenen Entscheidungen, die US-Botschaft für Israel nach Jerusalem zu verlegen, und die Souveränität Israels über die Golan-Höhen anzuerkennen, sind Ausdruck dessen. Aus diesem Grund wäre, wie es auch die Heritage Foundation fordert, eine vollständige Einstellung der Unterstützung der Palästinenser-Behörde zu erwarten. Allerdings hat auch Trumps Verhältnis zum israelischen Präsidenten Benjamin Netanjahu gelitten, nachdem dieser Biden zum Sieg in der US-Präsidentenwahl 2020 gratulierte. Trump gab zu verstehen, dass Israel den Gaza-Krieg zeitnah beenden müsse um weitere, globale Image-Schäden zu vermeiden (Trump 2024). Dennoch betonte er seine unbedingte Loyalität zu Israel (ibid. 2024). Sein ehemaliger Botschafter in Israel, David Friedman, hat indes einen Plan vorgestellt, der die Übertragung der Souveränität der Westbank an den jüdischen Staat vorsieht (Linde 2024). Donald Trump hat dazu noch keine Stellung bezogen, eine Umsetzung dieses Plans erscheint aber durchaus realistisch, da die Annexion der Westbank ein offizielles Ziel der aktuellen israelischen Regierung darstellt (Staff 2022). Dem entgegen steht die Überlegung, dass eine solche Vereinbarung eine Erweiterung der Abraham-Accords mit Saudi-Arabien mittelfristig nahezu unmöglich machen würde.

Ein weiterer wichtiger Baustein für die republikanische Nahost-Strategie stellt die Türkei dar. Das Land soll dazu gebracht werden seine Beziehungen zu Russland und China zu minimieren und sich folglich wieder vollständig dem Westen zuzuwenden. Hierfür müsste die USA wohl ihre Unterstützung kurdischer Milizen in Syrien aufgeben, welche von Ankara als existenzielle Bedrohung betrachtet werden.

#### **4. Parteiübergreifend weitgehend einhellige Einstellungen zur US-Arktis-Politik**

Die USA haben ein starkes Interesse an der Arktis. Durch die zunehmende Eisschmelze infolge des Klimawandels eröffnen sich in der Region langfristig lukrative Handelsrouten. Zudem ist die Region reich an bisher unerschlossenen Rohstoffen und wird bei zunehmend mildereren Temperaturen an strategischer Bedeutung gewinnen. Russland hat massiv in neue regionale Stützpunkte sowie in Ausrüstung

für arktische Bedingungen investiert. Die USA sind über Alaska ein direkter Anrainerstaat der Arktis, ebenso wie die NATO-Partner Kanada, Dänemark, Island, Norwegen, Schweden, und Finnland. Folglich sieht die Heritage Foundation die NATO auch als Arktis-Allianz, die in diesem Bereich deutlich aufrüsten muss, um die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den russischen Arktis-Streitkräften nicht zu verlieren (Dans & Grovens 2023). Die amerikanischen Interessen in der Region müssten deutlicher verfolgt werden, insbesondere der Schutz der Handelswege sei hier zentral. Bereits in der ersten Amtszeit von Donald Trump hatte die Arktispolitik einen hohen Stellenwert, was sich unter anderem in dem viel belächelten Vorstoß, Grönland von Dänemark zu erwerben, manifestierte. Zudem sah die damalige Nationale Sicherheitsstrategie vor, die arktischen Streitkräfte zu stärken, indem bis 2029 eine neue Eisbrecherflotte einsatzbereit gemacht werden sollte. Auch die Notwendigkeit, die Infrastruktur wie Flughäfen und Tiefseehäfen auszubauen, um die Präsenz der US-Marine in der Region zu erhöhen, wird immer wieder betont, bisher jedoch ohne konkrete Investitionen. Die Biden Administration hat tatsächlich in Eisbrecher investiert, welche mittelfristig zur Verfügung stehen werden (Savitz & Tingstad 2023). Die nationale Sicherheitsstrategie für die Arktis der aktuellen Biden-Administration deckt sich insgesamt in weiten Teilen mit den Vorstellungen der Republikaner. Größere Unterschiede gibt es nur hinsichtlich der politischen Stellung der arktischen, indigenen Bevölkerung (National Strategy for the Arctic Region 2022).

## **5. Risiken und Möglichkeiten für Europa und Österreich – Conclusio und Handlungsempfehlungen**

Eine zweite Biden-Administration würde an der US-Grand Strategy der globalen Dominanz („Primacy“) festhalten, diese jedoch weiterhin zurückhaltend verfolgen. Es ist davon auszugehen, dass eine zweite Biden-Administration an Zusammenarbeit in multilateralen Institutionen und Regimen sowie mit Verbündeten, aber auch an einer partiellen Zusammenarbeit mit Rivalen festhalten würde. Durch die wahrscheinliche Mehrheit der Republikaner (zumindest) im Senat, wäre das Weiße Haus in vielen Vorhaben blockiert. Europa könnte mit weiterer US-Unterstützung für die Ukraine rechnen, allerdings wohl weiterhin auf geringem Niveau. Die transatlantischen Beziehungen würden weiterhin eine wichtige Rolle spielen, aber graduell kommt es vermutlich zu einer weiteren Abwertung, da sich die zentralen Debatten auf China und den Indo-Pazifik konzentrieren. Washington wäre gegenüber China auf Stabilität und „Wettbewerb mit Leitplanken“ bedacht, und an keinen zu großen Provokationen gegenüber Russland und dem Iran interessiert. Mit Israel unter Premier Netanjahu würde sich das Verhältnis wohl, auch angesichts der kompromisslosen Haltung der israelischen Regierung weiter verschlechtern.

Es ist davon auszugehen, dass der Druck des linken Flügels der Demokraten hinsichtlich einer kritischeren Israel-Politik zunimmt. In der Arktis würden sowohl Biden als auch Trump eine militärische, diplomatische und infrastrukturelle Aufrüstung vorantreiben, um dem wachsenden russischen und chinesischen Einfluss in der Region zu begegnen.

Eine zweite Trump-Administration wäre aufgrund der internen Spaltungen der Republikanischen Partei weniger berechenbar, würde aber potenziell eine Abwendung von der bzw. eine verengte Neudeutung der Strategie der globalen Dominanz („Primacy“) mit sich bringen. Verfechter dieser Strategie, die Präsident Biden auch für übermäßige Zurückhaltung kritisieren, scheinen innerparteilich geschwächt. Stattdessen sind einerseits „Prioritizers“ im Aufwind, die argumentieren, die USA müssen all ihre Ressourcen auf den Westpazifik und den dortigen Wettbewerb mit China konzentrieren, um dort regionale Dominanz zu bewahren. Dabei geht es vor allem um die Eindämmung der Macht Chinas. Andere Weltregionen sind nicht im Fokus dieser Debatte. Die erfolgreiche Einschränkung der chinesischen Macht würde, so das Kalkül, letztendlich globale US-Dominanz garantieren. Andererseits sind auch „Restrainers“ im Aufwind. Diese verfechten eine Politik, die die Strategie der Dominanz überhaupt aufgeben will. Stattdessen sollen sich die USA auf ihre eigenen Probleme konzentrieren. Außenpolitik spielt in dieser Debatte eine untergeordnete Rolle.

Das Leitmotiv „America First“ zeigt den Fokus auf Macht und transaktionale Politik; Institutionen, Regime, sowie auch Normen und Werte treten in den Hintergrund. Die Devise könnte eine Einbindung unterschiedlicher republikanischer Strömungen und Erwartungen ermöglichen. Eine mögliche Demokratische Mehrheit im Repräsentantenhaus könnte allerdings eine Blockade bei vielen Zielen Trumps herbeiführen. Wie bei einer zweiten Biden-Administration mit Republikanisch-kontrolliertem Senat, wären die USA auch in diesem Fall bei wichtigen innen- und außenpolitischen Fragen nur beschränkt handlungsfähig. Allerdings wären im Unterschied zur ersten Amtszeit Trumps, in der zweiten Amtszeit eine handverlesene, loyale Beamtenschaft, potenzielle neue Instrumente zur Umgehung der Legislative und ein Trump-freundlicher Supreme Court mitzubedenken.

Transatlantische Beziehungen würden in einer zweiten Trump-Administration wohl weiter an Bedeutung verlieren, bzw. auf transaktionale Vorteile abseits eines normativen Fundaments reduziert werden. Die noch stärkere Ablehnung des Freihandels unter Trump würde die Wirtschaftsbeziehungen erschweren. Die Ablehnung der Forschung zum Klimawandel und eine kritische Position gegenüber UN-Institutionen würde die multilaterale Zusammenarbeit erschweren. Europa müsste überdies mit einer (zumindest temporären) Einstellung der Hilfeleistungen an die Ukraine rechnen, und diese potenziell kompensieren. Es ist möglich, dass nach einem Scheitern der Bemühungen Trumps den Krieg

zu beenden, und der Wahrnehmung einer Demütigung durch Russland, die Ukraine erneut (und potenziell stärker) unterstützt werden würde. Die Konfrontation mit China würde Donald Trump wohl zumindest im wirtschaftlichen Bereich eskalieren. Die fragile Sicherheitslage im Nahen Osten könnte ebenso weiter eskalieren, bei der zu erwartenden noch stärkeren Unterstützung Israels, noch stärkeren Vernachlässigung der Palästinenser, und einer harten Linie gegen den Iran.

### **Handlungsempfehlungen**

- Österreich und die Europäische Union sollten sich auf eine (schrittweise oder abrupt) geringere sicherheitspolitische Rolle der USA in Europa einstellen. Es ist nicht mit einem Austritt der USA aus der NATO oder einer Missachtung der Beistandspflicht in Artikel 5 zu rechnen. In jedem Fall möchten die USA aber weniger Geld für Europas Sicherheit ausgeben, Verantwortung an europäische Staaten abgeben (gerade bei der konventionellen Verteidigung), und die Konfrontation mit Russland noch stärker in den Zuständigkeitsbereich der Europäer rücken. Washington will sich stattdessen mehr auf China konzentrieren.
- Dennoch sollten die EU-Institutionen und europäischen Regierungen den Gegner:innen der Ukraine-Hilfen in Washington aktuell kommunizieren, dass ein Ignorieren der zentralen sicherheitspolitischen Priorität der europäischen Alliierten und Partner die transatlantischen Beziehungen schwer belasten würde. Die gleichen US-Politiker:innen verlangen oft eine stärkere Eingliederung Europas in die US-geleitete China- und Indopazifik-Politik. In Zukunft wird der Druck hier noch zunehmen. Die europäische Politik sollte klar machen, dass dies im Falle fehlender Unterstützung hinsichtlich der Ukraine kaum möglich sein wird.
- Gleichzeitig sollte Europa aber schnell auf die neue Situation reagieren, Interessen in der Ukraine selbst wahrnehmen, und eine eigene (konventionelle) Abschreckungswirkung gegenüber Russland entfalten. Hier gilt es ehrlich die Notwendigkeiten gegenüber den Bevölkerungen zu kommunizieren, denn bei diesem Unterfangen besteht Zeitdruck, es bringt enorme Herausforderungen, und wird viel Geld, Pragmatismus, europäische Zusammenarbeit, Geschwindigkeit, und langen Atem verlangen.
- Die EU wird sich stärker von der Art der israelischen Kriegsführung und Ihrer Stützung durch die USA distanzieren müssen, wenn ihre Beziehungen mit den Staaten des „Globalen Südens“ und ihre Wahrnehmung als glaubwürdiger Völkerrechtsakteur nicht noch größeren Schaden nehmen sollen.

- Gegenüber den USA sollte die EU ihre Präferenz für stabile und produktive Beziehungen mit China betonen, mit nur klar limitierten Schritten eines „De-Risking“ als Eingriff in die fortbestehenden wirtschaftlichen Beziehungen. Ein „Wettbewerb mit Leitplanken“ in der Sprache der Biden-Administration. Die Wähler:innen werden keine als unnötig erachtete Eskalation unterstützen, besonders wenn sie unter stark gestiegenen Lebenshaltungskosten leiden, und der Fortgang des russischen Angriffskrieges in Europa unklar ist.
- Allgemein ist im Falle einer zweiten Trump-Administration mit einer weiteren Schwächung multilateraler Organisationen auf UN-Ebene, sowie der US-EU Beziehungen zu rechnen. Stattdessen werden sich Beziehungen auf die bilaterale Ebene verlagern. Das kann im Falle von Uneinigkeiten für kleine Staaten wie Österreich schwierig sein. Die USA könnten dann zur Durchsetzung ihrer Interessen direkten, verstärkten Druck auf Österreich ausüben. Die Berufung auf normative Gemeinsamkeiten zur Abwehr einer solchen härteren Haltung Washingtons hätte wenig Wirkung.
- Für die mittel- bis längerfristige Perspektive sollten jedenfalls Kanäle und Strukturen für potenziell wieder stärker normativ gedachte und engere Beziehungen bewahrt werden.
- Die möglicherweise erzwungene partielle Emanzipation und normative Entkopplung von den USA kann in der EU auch als Gelegenheit gesehen werden, sich für die Zukunft unabhängiger und resilienter zu machen bzw. sich auch als strategisch eigenständiger Akteur zu präsentieren. Der außenpolitische Handlungsspielraum könnte wachsen.

## Literatur

Al Omran, A. (2024). Saudi Arabia's Israel strategy upended by anger over Gaza war. Financial Times. <https://www.ft.com/content/821b67bd-5736-4ffd-b66f-3bb1830560d2> (Zugriff: 15.04.2024).

Arasasingham, A. (2023). The US' Regional Economic Pillar: The Current State of IPEF. In: Fasulo, F. (Hrsg.). *The EU Indo-Pacific Bid – Sailing Through Economic and Security Competition*. ISPI, 51-74. <https://www.ispionline.it/wp-content/uploads/2023/05/ISPI-Report2023-EUs-Indo-Pacific-Bid-web-3.pdf> (Zugriff: 26.04.2024).

Arasasingham, A. et al. (2023). Assessing IPEF's New Supply Chains Agreement. CSIS, 31.05.2023. <https://www.csis.org/analysis/assessing-ipefs-new-supply-chains-agreement> (Zugriff: 26.04.2024).

Atwood, K. (2023). US approves first-ever military aid to Taiwan through program typically used for sovereign nations. CNN, 31.08.2023. <https://edition.cnn.com/2023/08/30/politics/us-taiwan-foreign-military-financing-program/index.html> (Zugriff: 26.04.2024).

Betrand, N. et al. (2024). US carries out retaliatory strikes on Iranian-linked militia targets in Iraq and Syria. CNN, 03.02.2024. <https://edition.cnn.com/2024/02/02/politics/us-strikes-iraq-syria/index.html> (Zugriff : 15.02.2024).

Biden, J. (2023). Remarks by President Biden and Prime Minister Anthony Albanese of Australia in Joint Press Conference. 25.10.2023. <https://www.whitehouse.gov/briefing-room/speeches-remarks/2023/10/25/remarks-by-president-biden-and-prime-minister-anthony-albanese-of-australia-in-joint-press-conference/> (Zugriff: 04.03.2024).

Blake, A. (2023). Trump's plan to end the war in Ukraine is ... something. The Washington Post, 17.07.2023. <https://www.washingtonpost.com/politics/2023/07/17/trump-ukraine-bartirromo/> (Zugriff: 14.02.2024).

Bloomberg Television (2024). Donald Trump's Plan to Heavily Tariff China Goods 'Ludicrous': Nikki Haley. <https://www.youtube.com/watch?v=x1wGmP4EeDQ> (Zugriff: 18.02.2024).

Brar, A. (2024). China Hints Trump Could Abandon Taiwan if Elected. Newsweek, 01.02.2024. <https://www.newsweek.com/taiwan-china-trump-election-abandon-1865927> (Zugriff: 18.02.2024).

Brewer, E. & Rome, H. (2023). Biden's Iran Gamble. Foreign Affairs, 09.06.2023. <https://www.foreignaffairs.com/iran/bidens-iran-gamble> (Zugriff: 03.03.2024).

Britzky, H., Betrand, N. & Liebermann, O. (2024). Three US troops killed in drone attack in Jordan, more than 30 injured. CNN, 29.01.2024. <https://edition.cnn.com/2024/01/28/politics/us-troops-drone-attack-jordan/index.html> (Zugriff: 04.03.2024).

Bugos, S. (2022). G-20 Majority Condemns Russian Nuclear Threats. Arms Control Association, Dezember 2022. <https://www.armscontrol.org/act/2022-12/news/g-20-majority-condemns-russian-nuclear-threats> (Zugriff: 26.04.2024).

Cavanna, T. D. (2020). US Grand Strategy Since 1789. Fletcher Center for Strategic Studies, 31.01.2020. <https://sites.tufts.edu/css/us-grand-strategy-since-1789/> (Zugriff: 05.03.2024).

China Power (2023). Xi Jinping has Signaled that Reunification with Taiwan is a Legacy Issue that He Must Achieve During his Term in Office: A Discussion with Ms. Bonnie Glaser and Mr. Chad Sbragia. <https://chinapower.csis.org/podcasts/xi-jinping-has-signaled-that-reunification-with-taiwan-is-a-legacy-issue-that-he-must-achieve-during-his-term-in-office/> (Zugriff: 26.04.2024).

Cloud, D. (2023). In Dueling Remarks, Biden and Netanyahu Spar Over Gaza's Future. The Wall Street Journal, 12.12.2023. <https://www.wsj.com/world/middle-east/israels-netanyahu-rejects-u-s-plan-for-post-war-gaza-d60fc0c3> (Zugriff: 05.03.2024).

Cohen, D. (2023). Biden hasn't changed U.S. policy on Taiwan, Jake Sullivan says. Politico, 04.06.2023. <https://www.politico.com/news/2023/06/04/china-taiwan-biden-sullivan-00100100> (Zugriff: 12.03.2024).

Colby, E. (2023). How We Can Help Ukraine While Genuinely Prioritizing Asia. Time, 14.07.2023. <https://time.com/6294670/us-strategy-ukraine-prioritizing-asia/> (Zugriff: 05.02.2024).

Collinson, S. (2024). Biden and Netanyahu call comes amid extreme mutual tensions and political pressure. CNN, 04.04.2024. <https://edition.cnn.com/2024/04/03/politics/biden-netanyahu-tension-analysis/index.html> (Zugriff: 08.04.2024).



Congressional Research Service. (2023). China Primer: U.S.-China Relations, 24.10.2023. <https://crsreports.congress.gov/product/pdf/IF/IF10119> (Zugriff: 15.03.2024).

Congressional Research Service. (2024). U.S. Security Assistance to Ukraine. [https://crsreports.congress.gov/product/pdf/IF/IF12040#:~:text=FY2022%20and%20FY2023%20security%20assistance,Drawdown%20Authority%20\(PDA%3B%2022%20U.S.C](https://crsreports.congress.gov/product/pdf/IF/IF12040#:~:text=FY2022%20and%20FY2023%20security%20assistance,Drawdown%20Authority%20(PDA%3B%2022%20U.S.C) (Zugriff: 04.03.2024).

Cooper, C. (2024). The future of Saudi-Israeli relations is a balancing act between Palestinian and regional interests. Atlantic Council, 22.02.2024. <https://www.atlantic-council.org/blogs/menasource/saudi-arabia-israel-two-state-gaza-normalization/> (Zugriff: 07.03.2024).

Crawford, N. C. (2023). Blood and Treasure: United States Budgetary Costs and Human Costs of Twenty Years of War in Iraq and Syria, 2003-2023. Costs of War – Watson Institute for International & Public Affairs, Brown University. <https://watson.brown.edu/costsofwar/files/cow/imce/papers/2023/Costs%20of%2020%20Years%20of%20Iraq%20War%20Crawford%2015%20March%202023.pdf>. (Zugriff: 12.03.2024).

Dans, P. & Grovens, S. (Eds.). (2023). *Mandate for Leadership*. The Heritage Foundation. [https://thf\\_media.s3.amazonaws.com/project2025/2025\\_MandateForLeadership\\_FULL.pdf](https://thf_media.s3.amazonaws.com/project2025/2025_MandateForLeadership_FULL.pdf) (Zugriff: 21.01.2024).

Department of Commerce (2023a). Pillar III – Clean Economy. <https://www.commerce.gov/ipef/pillar-iii> (Zugriff: 26.04.2024).

Department of Commerce (2023b). U.S. Department of Commerce Publishes Text of Landmark Indo-Pacific Economic Framework for Prosperity (IPEF) Supply Chain Agreement. 07.09.2023. <https://www.commerce.gov/news/press-releases/2023/09/us-department-commerce-publishes-text-landmark-indo-pacific-economic> (Zugriff: 26.04.2024).

Department of Defense (2018). Summary of the 2018 National Defense Strategy of The United States of America – Sharpening the American Military’s Competitive Edge. <https://dod.defense.gov/Portals/1/Documents/pubs/2018-National-Defense-Strategy-Summary.pdf> (Zugriff: 26.04.2024).

Department of Defense (2024). DoD Budget Materials – FY2024. <https://comptroller.defense.gov/Budget-Materials/Budget2024/> (Zugriff: 30.04.2024).

Department of State (2021). The United States Officially Rejoins the Paris Agreement. 19.02.2021. <https://www.state.gov/the-united-states-officially-rejoins-the-paris-agreement/#:~:text=On%20January%202020%2C%20on%20his,unprecedented%20framework%20for%20global%20action> (Zugriff: 26.04.2024).

Department of State (2023). Summit for Democracy 2023. <https://www.state.gov/summit-for-democracy-2023/> (Zugriff: 26.04.2024).

Desiderio, A. (2022). 'Pariah' no more? Democrats grit their teeth over Biden's Saudi trip. Politico, 08.06.2022. <https://www.politico.com/news/2022/06/08/democrats-biden-saudi-trip-00037891> (Zugriff: 29.02.2024).

Dunn Tenpas, K. (2024). Tracking turnover in the Biden administration. Brookings, 19.03.2024. <https://www.brookings.edu/articles/tracking-turnover-in-the-biden-administration/> (Zugriff: 26.04.2024).

Eder, T. (2024). Chinese foreign policy in 2024: crisis management and global governance. oiip – Trend Report 3, Januar 2024. <https://www.oiip.ac.at/cms/media/trend-report-thomas-eder-3.pdf> (Zugriff: 26.04.2024).

Entringer García Blanes, I. et al. (2024). Does Ukraine Offer Lessons for Taiwan? Foreign Policy, 06.02.2024. <https://foreignpolicy.com/2024/02/06/russia-ukraine-taiwan-china-invasion-poll-us-experts-academics/> (Zugriff: 26.04.2024).

Epstein, R. & Huynh, A. (2023). Democrats Splinter Over Israel as the Young, Diverse Left Rages at Biden. The New York Times, 23.10.2023. <https://www.nytimes.com/2023/10/27/us/politics/biden-democrats-israel-2024.html#:~:text=%E2%80%9CSo%20we%20understand%20that%20crucially,do%20not%20have%20positive%20outcomes.%E2%80%9D&text=For%20Democrats%20in%20Congress%20and,environment%20more%20doubtful%20about%20Israel> (Zugriff: 07.03.2024).

Ettinger, A. (2020). Principled realism and populist sovereignty in Trump's foreign policy. *Cambridge Review of International Affairs*, 33(3), 410-431.

European Commission. (2023). Statement by Executive Vice-President Dombrovskis at the ECON Committee of the European Parliament on the EU's reaction to the US Inflation Reduction Act (IRA). 18.07.2023, [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/STATEMENT\\_23\\_3926](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/STATEMENT_23_3926) (Zugriff: 26.04.2024).

Fox, L. et a. (2024). Johnson tells senators he's still looking for path on Ukraine aid. CNN, 14.03.2024. <https://edition.cnn.com/2024/03/14/politics/congress-ukraine-aid-plans/index.html#:~:text=CNN%20reported%20earlier%20this%20month,Ukraine%20%E2%80%93%20and%20perhaps%20a%20way> (Zugriff: 16.03.2024).

Gallo, W. (2022). As Trump Looms, South Koreans Mull Their Own Nukes. VOA, 24.11.2022. <https://www.voanews.com/a/as-trump-looms-south-koreans-mull-their-own-nukes/6848246.html> (Zugriff: 26.04.2024).

Gan, N. (2024). Russia, chopsticks, oversupply: Everything you want to know about Janet Yellen's China visit. CNN, 08.04.2024. <https://edition.cnn.com/2024/04/08/business/janet-yellen-china-visit-takeaways-hnk-intl/index.html> (Zugriff: 26.04.2024).

Garcia-Navarro, L. (2024). Inside the Heritage Foundation's Plans for 'Institutionalizing Trumpism'. New York Times, 24.01.2024. <https://www.nytimes.com/2024/01/21/magazine/heritage-foundation-kevin-roberts.html> (Zugriff: 12.03.2024).

Geddie, J., Kelly, T. und Takemoto, Y. (2024). Japan's message for Donald Trump: don't cut a deal with China. Reuters, 02.02.2024. <https://www.reuters.com/world/asia-pacific/japans-message-donald-trump-dont-cut-deal-with-china-2024-02-02/> (Zugriff: 12.03.2024).

Groves, S. und Sanders, L. (2024). US adults fracture along party lines in support for Ukraine military funding, AP-NORC poll finds. Associated Press, 29.02.2024. <https://apnews.com/article/poll-ukraine-aid-congress-b772c9736b92c0fbba477938b047da2f> (Zugriff: 05.03.2024).

Grygiel, J. (2024). A U.S. Grand Strategy: Do We Have One And What Should It Be? Hoover Institution, 05.03.2024. <https://www.hoover.org/research/us-grand-strategy-do-we-have-one-and-what-should-it-be> (Zugriff: 23.03.2024).

Heritage Foundation (2018). Trump Administration Embraces Heritage Foundation Policy Recommendations. 23.01.2018. <https://www.heritage.org/impact/trump-administration-embraces-heritage-foundation-policy-recommendations>. (Zugriff: 05.03.2024).

Hirsh, M. (2024). Does Biden Have a Middle East Peace Plan? Sort of. Foreign Policy, 08.01.2024. <https://foreignpolicy.com/2024/01/08/biden-middle-east-diplomacy-israel-hamas/>. (Zugriff: 17.03.2024).

Holland, S., Bose, N. und Hunnicutt, T. (2024). U.S. does not support Taiwan independence, Biden says. Reuters, 14.01.2024. <https://www.reuters.com/world/biden-us-does-not-support-taiwan-independence-2024-01-13/> (Zugriff: 17.03.2024).

Hu, E. (2016). Japan And South Korea Rattled By Trump's Talk Of Closing U.S. Bases. NPR, 10.11.2016. <https://www.npr.org/sections/parallels/2016/11/10/501531166/japan-and-south-korea-rattled-by-trumps-talk-of-closing-u-s-bases> (Zugriff: 05.02.2024).

Huang, Y., Kardon, I. und Sheehan, M. (2023). Three Takeaways From the Biden-Xi Meeting. Carnegie Endowment for International Peace, 16.11.2023. <https://carnegieendowment.org/2023/11/16/three-takeaways-from-biden-xi-meeting-pub-91042> (Zugriff: 05.02.2024).

IFW Kiel. (2024). Ukraine Support Tracker. <https://www.ifw-kiel.de/de/themendossiers/krieg-gegen-die-ukraine/ukraine-support-tracker/#:~:text=Insgesamt%20entfallen%2095%20Prozent%20aller,auf%20die%20Messgröße%20Hilfszuweisungen%20umgestellt> (Zugriff: 26.04.2024).

Ignatius, D. (2022). The U.S. warms to a role for China in resolving the Ukraine war. Washington Post, 03.05.2023. <https://www.washingtonpost.com/opinions/2023/05/03/antony-blinken-ukraine-war-china-xi-mediation/> (Zugriff: 26.04.2024).

Jaeger, M. (2021). The Logic (and Grammar) of US Grand Strategy, Implications for Germany and Europe. DGAP. <https://dgap.org/en/research/publications/logic-and-grammar-us-grand-strategy> (Zugriff: 15.02.2024).

James, W. und Volcovici, V. (2022). Biden-Xi climate cooperation to energise COP27 negotiations. Reuters, 14.11.2022. <https://www.reuters.com/business/cop/biden-xi-climate-cooperation-energize-cop27-negotiations-2022-11-14/> (Zugriff: 15.03.2024).

Kellogg, K. (2023). What Donald Trump's Ukraine Strategy Could Look Like. The America First Policy Institute, 20.12.2023. <https://americafirstpolicy.com/issues/what-donald-trumps-ukraine-strategy-could-look-like> (Zugriff: 19.03.2024).

Knickmeyer, E. (2020). Biden names climate statesman John Kerry as climate envoy. Associated Press, 24.11.2020. <https://apnews.com/article/joe-biden-climate-climate-change-john-kerry-national-security-ee05316df77b8d532921a2e299388a62> (Zugriff: 26.03.2024).

Koenig, J. (2024) House GOP feuds as hard-right members threaten Johnson's job over Ukraine aid. Spectrum News NY1, 22.04.2024. <https://ny1.com/nyc/all-boroughs/politics/2024/04/22/speaker-mike-johnson-marjorie-taylor-greene-republicans-congress#:~:text=Johnson%2C%20she%20argued%2C%20had%20betrayed,that%20is%20completely%20over%20with> (Zugriff: 25.04.2024).

Kurlantzick, J. und McGowan, A. (2023). Assessing the Bolstered U.S.-Vietnam Relationship. Council on Foreign Relations, 11.09.2023. <https://www.cfr.org/blog/assessing-bolstered-us-vietnam-relationship> (Zugriff: 21.03.2024).

Lee, M. (2023). US formally rejoins UNESCO after five-year absence. Associated Press, 11.07.2023. <https://apnews.com/article/us-unesco-6380e9bfc62c02e6669d227590d44341#> (Zugriff: 21.03.2024).

Lema, K. (2023, April 3). Philippines reveals locations of 4 new strategic sites for U.S. military pact. Reuters, 03.04.2023. <https://www.reuters.com/world/asia-pacific/philippines-reveals-locations-4-new-strategic-sites-us-military-pact-2023-04-03/#:~:text=The%20EDCA%2C%20signed%20in%202014,is%20not%20a%20permanent%20presence> (Zugriff: 23.03.2024).

Linde, S. (2024). What is David Friedman's plan for the Israeli-Palestinian conflict? The Jerusalem Post, 03.04.2024. <https://www.jpost.com/opinion/article-795108> (Zugriff: 25.04.2024).

Logevall, F. (2021). 'American Grand Strategy: How Grand Has It Been? How Much Does It Matter?', in Borgwardt, E., McKnight Nichols, C. and Preston A. (eds) (2021). Rethinking American Grand Strategy (New York, Oxford Academic), 447-458.

Long, C. und Daly, M. (2024). John Podesta will take over for John Kerry as top international adviser on climate change. Associated Press, 31.01.2024. <https://apnews.com/article/biden-podesta-climate-3da3fdd2b9d4fba542ff16f87eb4f10e> (Zugriff: 25.04.2024).

Luthra, G. (2023). The Hiroshima Quad Summit 2023: Building on the momentum. Observer Research Foundation, 06.07.2023. <https://www.orfonline.org/expert-speak/the-hiroshima-quad-summit-2023> (Zugriff: 25.04.2024).

Macrotrends (2024). U.S. Military Spending/Defense Budget 1960-2024. <https://www.macrotrends.net/global-metrics/countries/USA/united-states/military-spending-defense-budget> (Zugriff: 30.04.2024).

Martina, M. (2023). US war game on Taiwan shows need for 'decisive action' to boost arms. Reuters, 20.4.2023. <https://www.reuters.com/business/aerospace-defense/us-war-game-taiwan-shows-need-decisive-action-boost-arms-2023-04-20/> (Zugriff: 25.04.2024).

Mauß, H., Stanzel, A. und Thimm, J. (2023). Die USA und China auf Kollisionskurs. SWP. <https://www.swp-berlin.org/10.18449/2023S02/> (Zugriff: 23.04.2024).

Mazzocco, I. (2022). Why the New Climate Bill Is Also about Competition with China. CSIS, 25.08.2022. <https://www.csis.org/analysis/why-new-climate-bill-also-about-competition-china> (Zugriff: 25.04.2024).

McGreal, C. (2023). Evangelical Christians flock to Republicans over support for Israel. The Guardian, 06.03.2023. <https://www.theguardian.com/us-news/2023/mar/06/evangelical-christians-republicans-2024-israel-palestinians> (Zugriff: 14.03.2024).

Miller, C. et al (2024). US urged Ukraine to halt strikes on Russian oil refineries. Financial Times, 22.03.2024. <https://www.ft.com/content/98f15b60-bc4d-4d3c-9e57-cbdde122ac0c>. (Zugriff: 28.03.2024).

Nye, J. S. (2023). The importance of guardrails in US–China relations. The Strategist – Australian Strategic Policy Institute (ASPI), 07.03.2023. <https://www.aspistrategist.org.au/the-importance-of-guardrails-in-us-china-relations/> (Zugriff: 14.03.2024).

Porter, P. (2018). Why America's Grand Strategy Has Not Changed. *International Security*. Vol. 42, No. 4 (Spring 2018), pp. 9-46.

Real Clear Polling. (2024). President Biden Job Approval - Foreign Policy. <https://www.realclearpolling.com/polls/approval/joe-biden/foreign-policy> (Zugriff: 30.03.2024).

Salama, V. und Gordon, M. R. (2022). Senior White House Official Involved in Undisclosed Talks With Top Putin Aides. *Wall Street Journal*, 07.11.2022. <https://www.wsj.com/articles/senior-white-house-official-involved-in-undisclosed-talks-with-top-putin-aides-11667768988> (Zugriff: 30.03.2024).

Schaer, C. (2023). How pro-Palestinian protests threaten Middle East autocrats. *Deutsche Welle*, 11.11.2023. <https://www.dw.com/en/how-pro-palestinian-protests-threaten-middle-east-autocrats/a-67369962> (Zugriff 15.04.2024).

Singh, M. (2024). President Biden's Middle East Squeeze Play. *The Washington Institute for Near East Policy*, 05.03.2024. <https://www.washingtoninstitute.org/policy-analysis/president-bidens-middle-east-squeeze-play> (Zugriff: 27.03.2024).

Staff, T. (2022). Netanyahu, far-right ally said to agree government will advance West Bank annexation. *The Times of Israel*. <https://www.timesofisrael.com/netanyahu-far-right-ally-said-to-agree-government-will-advance-w-bank-annexation/> (Zugriff 25.04.2024).

Sullivan, K. (2024a). Trump suggests he would consider a tariff upward of 60% on all Chinese imports if reelected. *CNN*, 04.02.2024, <https://edition.cnn.com/2024/02/04/politics/china-trump-tariffs-taiwan/index.html> (Zugriff 25.04.2024).

Sullivan, K. (2024b). Trump says he would encourage Russia to 'do whatever the hell they want' to any NATO country that doesn't pay enough. *CNN*, 11.02.2024. <https://edition.cnn.com/2024/02/10/politics/trump-russia-nato/index.html> (Zugriff: 28.03.2024).

Swan, J. & Haberman, M. (2023). Heritage Foundation Makes Plans to Staff Next G.O.P. Administration. *New York Times*, 20.04.2023. <https://www.nytimes.com/2023/04/20/us/politics/republican-president-2024-heritage-foundation.html> (Zugriff: 27.02.2024).

Tackett, M. (2024). McConnell will step down as the Senate Republican leader in November after a record run in the job. Associated Press, 28.02.2024. <https://apnews.com/article/mitch-mcconnell-senate-republican-leader-stepping-down-ba478d570a4561aa7baf91a204d7e366> (Zugriff: 14.03.2024).

Tan, H. (2023). Biden says China is unlikely to invade Taiwan now because Beijing just too busy with its own economic crisis. Business Insider, 11.09.2023. <https://www.businessinsider.com/joe-biden-china-unlikely-invade-taiwan-economy-property-crisis-g20-2023-9> (Zugriff: 07.03.2024).

Trump, D. (2016). Remarks at Trump SoHo in New York City. 22.06.2016. <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/remarks-trump-soho-new-york-city> (Zugriff: 22.04.2024).

Trump, D. (2017). Remarks by President Trump to the 72nd Session of the United Nations General Assembly. 19.09.2017. <https://trumpwhitehouse.archives.gov/briefings-statements/remarks-president-trump-72nd-session-united-nations-general-assembly/#:~:text=For%20more%20than%2070%20years,a%20time%20of%20extraordinary%20opportunity> (Zugriff: 22.04.2024).

Trump, D. (2023a). Agenda47: Preventing World War III. 16.03.2023. <https://www.donaldjtrump.com/agenda47/agenda47-preventing-world-war-iii> (Zugriff 08.03.2024).

Trump, D. (2024). Interview with Israel Hayom. 25.03.2024. <https://www.israelhayom.com/2024/03/25/trump-to-israel-hayom-only-a-fool-would-have-not-acted-like-israel-on-oct-7/> (Zugriff 25.04.2024).

Trump, D. (2023b). Agenda47: Using Impoundment to Cut Waste, Stop Inflation, and Crush the Deep State. 20.06.2023. <https://www.donaldjtrump.com/agenda47/agenda47-using-impoundment-to-cut-waste-stop-inflation-and-crush-the-deep-state> (Zugriff: 07.03.2024).

United States House of Representatives (2024). Roll Call 151 | Bill Number: H. R. 8035. 20.04.2024. <https://clerk.house.gov/Votes/2024151> (Zugriff: 25.04.2024).

USTR (United States Trade Representative) (2024). U.S.-E.U. Trade and Technology Council (TTC). <https://ustr.gov/useuttc>



Walt, Stephen M. (2024). It's Not Too Late for Restrained U.S. Foreign Policy. *Foreign Policy*, 14.03.2024, <https://foreignpolicy.com/2024/03/14/united-states-realism-restraint-great-power-strategy/> (Zugriff: 23.04.2024).

Watson Institute (2021). Human and Budgetary Costs to Date of the U.S. War in Afghanistan, 2001-2022. August 2021. <https://watson.brown.edu/costsofwar/figures/2021/human-and-budgetary-costs-date-us-war-afghanistan-2001-2022> (Zugriff: 22.04.2024).

Watson Institute (2023). Costs of the U.S.-led War in Iraq since 2003. Costs of War – Watson Institute of International & Public Affairs – Brown University. <https://watson.brown.edu/costsofwar/2022/IraqWarCosts> (Zugriff: 22.04.2024).

Wertheim, S. (2024). Why America Can't Have It All – Washington Must Choose Between Primacy and Prioritizing. *Foreign Affairs*, 14.02.2024. [https://www.foreignaffairs.com/united-states/why-america-cant-have-it-all?check\\_logged\\_in=1](https://www.foreignaffairs.com/united-states/why-america-cant-have-it-all?check_logged_in=1) (Zugriff: 19.04.2024).

White House (2022a). FACT SHEET: CHIPS and Science Act Will Lower Costs, Create Jobs, Strengthen Supply Chains, and Counter China. 09.08.2022. <https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2022/08/09/fact-sheet-chips-and-science-act-will-lower-costs-create-jobs-strengthen-supply-chains-and-counter-china/> (Zugriff: 18.04.2024).

White House (2022b). National Security Strategy. Oktober 2022. <https://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2022/10/Biden-Harris-Administrations-National-Security-Strategy-10.2022.pdf> (Zugriff: 18.04.2024).

White House (2023a). Remarks by National Security Advisor Jake Sullivan on Renewing American Economic Leadership at the Brookings Institution. 27.04.2023. <https://www.whitehouse.gov/briefing-room/speeches-remarks/2023/04/27/remarks-by-national-security-advisor-jake-sullivan-on-renewing-american-economic-leadership-at-the-brookings-institution/> (Zugriff: 18.04.2024).

White House (2023b). FACT SHEET: Enhancing the U.S.-Pacific Islands Partnership. 25.09.2023. <https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2023/09/25/fact-sheet-enhancing-the-u-s-pacific-islands-partnership/#:~:text=At%20the%20U.S.%2DPacific%20Islands,harmony%2C%20security%2C%20social%20inclusion%2C> (Zugriff: 19.04.2024).

White House (2023c). Inflation Reduction Act Guidebook. 28.11.2023. <https://www.whitehouse.gov/cleanenergy/inflation-reduction-act-guidebook/#:~:text=The%20Inflation%20Reduction%20Act%20specifies,mode%20or%20condition%2C%20low%20or> (Zugriff: 19.04.2024).

White House (2024a). Press Release: Bill Signed: H.R. 815. 24.04.2024. <https://www.whitehouse.gov/briefing-room/presidential-actions/2024/04/24/bill-signed-h-r-815/#:~:text=On%20Wednesday%2C%20April%202024,to%20the%20Indo%2DPacific%20region> (Zugriff: 26.04.2024).

White House (2024b). Remarks by President Biden on the Passage of H.R. 815, the National Security Supplemental. 24.04.2024. <https://www.whitehouse.gov/briefing-room/speeches-remarks/2024/04/24/remarks-by-president-biden-on-the-passage-of-h-r-815-the-national-security-supplemental/#:~:text=It's%20going%20to%20make%20America,and%20freedom%20of%20their%20citizens> (Zugriff: 26.04.2024).

Williams, M., Mullery, W. und Uzquiano, K. (2024). Promises Joe Biden has made so far in his campaign for a second term. CNN, 20.04.2024. <https://edition.cnn.com/interactive/2024/04/politics/biden-campaign-promises-dg/> (Zugriff: 26.04.2024).

Wise, L. (2023). Republicans Have a Great Chance to Retake the Senate in 2024. Wallstreet Journal, 31.12.2023. <https://www.wsj.com/politics/elections/republicans-have-a-great-chance-to-retake-the-senate-in-2024-9b33b1e3> (Zugriff: 07.02.2024).

Wong, E., Bradsher, K. und Rappeport, A. (2023). Biden Bets High-Level Diplomacy Can Cool Fiery Relations With China. New York Times, 10.07.2023. <https://www.nytimes.com/2023/07/10/us/politics/biden-china-diplomacy.html> (Zugriff: 28.03.2024).

Yew, L. T. und Chen, L. (2023). Chinese military purge exposes weakness, could widen. Reuters, 31.12.2023. <https://www.reuters.com/world/china/sweeping-chinese-military-purge-exposes-weakness-could-widen-2023-12-30/> (Zugriff: 21.04.2024).